Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge

Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz

Band: 165 (1997)

Heft: 31-32

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizerische Kirchenzeitung

KIRCHE

31–32/1997 31. Juli 165. Jahr

ISSN 1420-5041. Erscheint jeden Donnerstag

Den öffentlichen Raum gestalten
Der 1.-August-Beitrag von Max Keller 461

Wo steht in Europa die Ökumene?
Walter Ludin 462

Das Ökumenische Dorf 463

Auf dem gemeinsamen Weg 464

Zur Diskussion um die Alphavision
Matthias Loretan 465

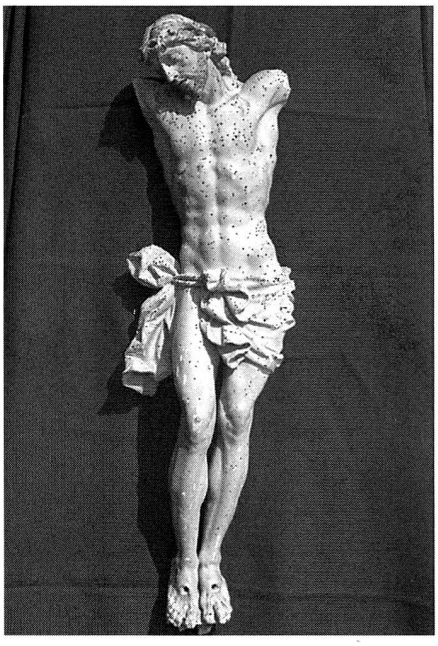
Nicht mehr: Was ist – sondern: Wer macht Wirtschaft Es berichtet
Elisabeth Aeberli 468

Pfarrer, Prediger und Prophet – Jeremias Gotthelf als Theologe
Stephan Bieri 470

Hinweise 473

Amtlicher Teil 474

Schweizer Kirchenschätze
Kartause La Valsainte, Cerniat (FR): Christus ohne Arme (Anfang 18. Jahrhundert, Herkunft unbekannt)



Den öffentlichen Raum gestalten

Die Frage, wie das Zusammenleben im öffentlichen Raum gestaltet werden soll, stellt sich nicht nur den Politikern und Politikerinnen und den politischen Parteien, sondern jedem Bewohner und jeder Bewohnerin dieses Landes, den Einheimischen und den aus dem Ausland zu uns Gekommenen. In einer Zeit, in der die einen von Politikverdrossenheit sprechen und andere den Verlust des Vorranges der Politik gegenüber der Wirtschaft beklagen, müssen Wege gefunden werden, damit sich die Resignation nicht weiter ausbreitet. Seit den Abstimmungen über das Arbeitsgesetz und die Waffenausfuhr, ist es erneut auch Christen und Christinnen und den Kirchen bewusst geworden, dass politische Entscheide nicht unerlaubte Übergriffe, sondern unverzichtbare Aufgaben sind.

Dies heisst nicht, dass die Kirchen möglichst viele Abstimmungsempfehlungen veröffentlichen. Die Prioritätenliste sieht anders aus. Zuerst geht es darum, dass die Gestaltung des öffentlichen Raumes in Freiheit geschehen kann. Die Kirchen haben sich dafür einzusetzen, dass Politik und Gewalt unvereinbar bleiben. Fäuste, Schlagstöcke, Diffamierungen, Volksverhetzung dürfen keine Mittel werden, um Politik zu machen. Die politische Willensbildung muss auf diskursivem, demokratischem Weg über das Sprechen, Debattieren, das Austragen von Argumenten geschehen. Es ist in jüngster Zeit unüberhörbar geworden, dass auch mit Worten Gewalt ausgeübt wird. Auf dem Spiel steht die politische Kultur dieses Landes.

Christen und Christinnen sind heute nicht in Gefahr, dass sie sich zu intensiv mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes befassen. Mit der Mehrheit der Bevölkerung teilen viele die Ansicht, dass sich politisches Engagement nicht lohnt, dass die politischen Institutionen überfordert oder nicht mehr zeitgemäss sind, dass «man» doch nichts machen kann. Zudem ist ein Teil der Christen und Christinnen skeptisch, wenn sich kirchliche Stellen zu politischen Fragen äussern. Die einen sprechen den Kirchen die Kompetenz ab, die anderen wollen sich die richtigen politischen Entscheide nicht vorschreiben lassen.

Ist dies ein Grund zur Resignation? Ich sehe dies nicht so. Es bleibt die dauernde Aufgabe der Kirchen, ihren Mitgliedern die Bedeutung des Politischen (im Sinne der Gestaltung des öffentlichen Raumes) zu vermitteln. Christsein heisst nicht abseits stehen, sondern sich eine Meinung bilden, sich einmischen und mitentscheiden. Aber die Kirchen dürfen sich nicht auf die «moralische Ermahnung» beschränken, politische Fragen ernstzunehmen. Es bleibt ihre ständige Aufgabe, die Glieder der Kirchen zu befähigen, verantwortlich politische Entscheide zu treffen. Dies ist

heute besonders notwendig. Weil die finanziellen Mittel für die politische Meinungsbildung ungleich verteilt sind und weil zunehmend PR-Agenturen planen, wie politische Entscheide am besten «verkauft» werden können, fällt es nicht immer leicht, herauszufinden, um was es wirklich geht und was auf dem Spiele steht. Vielen wäre geholfen, wenn ihnen Kriterien vermittelt würden, an denen politische Entscheide gemessen werden müssen. Die Suche des eigenen Vorteils, die Verfolgung eigener Interessen sind ein ungenügender Massstab, um die öffentlichen Fragen zu regeln. Es geht darum, die politischen Entscheide auch an den «Kriterien des Menschengerechten», an den Menschen- und Sozialrechten zu messen und sie auf die gesellschaftliche Gerechtigkeit auszurichten. Dass dies wieder vermehrt geschieht, ist eine aktuelle Bildungsaufgabe der Kirchen.

Es werden immer wieder politische Entscheide anstehen, zu denen die Kirchen selber Stellung nehmen sollten. In welchen Fragen dies sein muss, darüber müsste rechtzeitig ein innerkirchlicher Verständigungsprozess einsetzen, in dem argumentativ aufgezeigt wird, warum sich für die Kirchen bei bestimmten politischen Problemen eine besondere Verantwortung ergibt. Persönlich bin ich überzeugt, dass heute «wirtschaftliche Gerechtigkeit» und das «Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft» im Blick auf die Botschaft des Reiches Gottes besondere Beachtung verdienen. Um aber in der Öffentlichkeit etwas zu bewirken, müsste die Auseinandersetzung mit politischen Fragen, wie Claude Longchamp kürzlich an einer Tagung formulierte, «langfristig» geschehen und die Stellungnahmen «kompetent» und «verständlich» sein. Es ist entscheidend, ob es den Kirchen in Zukunft gelingen wird, nicht zu spät, aber auch nicht vorschnell zu reden, sondern Lernprozesse zu organisieren, an denen sich viele (auch jene, die kein Stimmrecht haben) aktiv beteiligen können, abweichende Meinungen nicht zum vornherein ausgegrenzt werden und Konflikten nicht ausgewichen wird. Wenn sich die Kirchen an diesen Lernprozessen nicht nur als «Lehrende», sondern auch als «Lernende» beteiligen, dann steigt die Chance, dass das Ergebnis «kompetent» und «verständlich» sein wird. *Max Keller*

Der promovierte Theologe Max Keller ist Direktor der Paulus-Akademie und Studienleiter im Arbeitsbereich Sozialethik

Kirche in der Welt

Wo steht in Europa die Ökumene?

Einen «weiten ökumenischen» Horizont erlebte Bischof Kurt Koch in Graz während der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung.[1] Wer in der Schweiz von Ökumene spreche, meine bloss die Beziehungen zwischen Katholiken und Protestanten. Bestenfalls kämen noch die Christkatholiken ins Blickfeld. In Graz aber sei die grosse und bunte Vielfalt der Kirchen erfahrbar geworden, sagte dort der Bischof von Basel während eines der beiden Schweizer Treffen.

Tatsächlich bot die Versammlung unzählige Möglichkeiten zu spontanen Begegnungen mit Menschen der verschiedensten Konfessionen. Der öffentliche Diskurs aber war geprägt von den Schwierigkeiten, die in Osteuropa nach der Wende von 1989 zwischen Orthodoxen und Katholiken entstanden sind. Protestanten fühlten sich stellenweise als blosse «Staffage».

■ Patriarchenstreit

Viel zu reden und zu schreiben gab der «Patriarchenstreit», der sich kurz vor der Versammlung in zwei Akten abgespielt hatte. Da war der Entscheid des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios, nicht an der Versammlung teilzunehmen, weil vorgesehen war, dass sich kurz vorher der Papst ebenfalls in Österreich mit dem Moskauer Patriarchen Alexij II. treffen würde, ohne dass auch er dazu eingeladen wurde.

Bartholomaios richtete an die europäische Versammlung ein Grusswort, worin es hiess: «Wir erklären, dass unsere körperliche Abwesenheit in Ihrer Mitte für uns ein schmerzliches Opfer bedeutet.» Nicht nach Graz zu kommen, habe er «nach reiflicher Überlegung beschlossen, um grösseren Schaden zu vermeiden und um den Geist der Versöhnung zu fördern». Zweiter Akt des Dramas war der Entscheid von Alexij, den Papst doch nicht zu treffen. Immerhin nahm der Moskauer Patriarch an der Eröffnung der ökumenischen Versammlung teil.

Auf den Streit angesprochen, erklärte der 92jährige Wiener Kardinal Franz König kurz, aber vielsagend: «Leider spielen in der Ökumene Prestigefragen immer noch eine grosse Rolle.»

■ Proselytismus

«Der Streit um den Proselytismus verdeckt leider alle weiteren Fragen der Ökumene.» Mit diesen Worten skizzierte der Schweizer evangelisch-methodistische Bischof Heinrich Bolleter einen andern Stein des Anstosses. Tatsächlich fand kein anderes ökumenisches Thema auch nur annähernd so viel Aufmerksamkeit wie der Vorwurf der Ostkirchen, ihnen würden in hinterhältiger Absicht Gläubige abgeworben.

Am meisten beachtet wurde die folgende Passage aus der Eröffnungsrede von Patriarch Alexij: «Wir bedauern zutiefst, dass die radikalen Veränderungen in Osteuropa die interkonfessionellen Beziehungen unter den Ländern dieser Region und innerhalb dieser Länder beeinträchtigt haben... Dies ist auf die Tätigkeit ausländischer Missionare zurückzuführen, die massiv Proselytismus betreiben. Ihre Bemühungen konzentrieren sich auf Menschen, die entweder in der orthodoxen Kirche getauft wurden oder historisch in ihr verankert sind.» In den folgenden beiden Sätzen braucht der Moskauer Patriarch zweimal das harte Wort «Invasion». Obwohl er dabei ausdrücklich von europäischen und aussereuropäischen «Kirchen» sprach, behauptete ein ranghoher Sprecher der Katholiken, Alexij hätte nur von Sekten geredet. Ein führender Vertreter eines Hilfswerks für Osteuropa gestand uns im privaten Gespräch, es gäbe

[1] Vgl. den Gesamtüberblick in der letzten Nummer der SKZ.

Das Ökumenische Dorf

Während der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung gab es in der letzten Juniwoche in Graz wie auf Katholiken- und Kirchentagen einen «Markt der Möglichkeiten», genannt «Agora». An 160 Ständen wurden Gespräche und schriftliche Informationen angeboten. Ebenso standen auf dem Programm des Treffens unzählige Expertengespräche («Hearings») und «Diskussionsforen». Beide Elemente waren auch im «Ökumenischen Dorf» vorhanden, aber viel lebendiger. Wer auf dem Messegelände die entsprechende Halle betrat, stand mitten in pulsierendem Leben. In allen Ecken und Enden wurde zu zweit, dritt oder in grösseren Gruppen diskutiert und verhandelt. Auf dem Podium fanden Gespräche statt, wobei nicht einige redeten und 1000 zuhörten, wie es bei vielen andern derartigen Veranstaltungen in Graz der Fall war.

■ Gruppen und Netzwerke

Das Ökumenische Dorf verdankte sich dem «Europäischen Ökumenischen Aktionsbündnis für Graz», einem Zusammenschluss von rund 100 Gruppen und Netzwerken aus ganz Europa. Sie alle stehen in der Tradition der Basler Versammlung von 1989 für Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung (GFS). Dabei spielten innerkirchliche Themen kaum eine Rolle. Es ging vor allem um soziale Fragen wie Armut, Menschenrechte und Beziehungen zu den Ländern des Südens. Als Ziele wurden formuliert:

– die Opfer selber zum Reden bringen,

– die fundamentale Kritik an der herrschenden sozio-ökonomischen Ordnung ausdrücken,

– die Umgestaltung der Gesellschaft mittels kleiner Zellen einer alternativen Gesellschaft fördern.

«Es ist besser, dass es einen Skandal gibt, als dass die Wahrheit zu kurz kommt.» Dieses Wort Papst Gregors des Grossen drückte die Absicht der Organisatoren aus. Christa Springe, Mainz, die Präsidentin des Aktionsbündnisses, nannte als Wahrheit, die zu kurz kommt:

– die Millionen von arm und krank gemachten Menschen auf unserem Kontinent und auf andern Erdteilen,

– Millionen von arbeitslos gemachten Menschen,

– Millionen von Menschen, die nur nach ihrem Marktwert beurteilt werden,

– die Tatsache, dass im geltenden System die Würde, die Gott jedem Menschen verlieh, kaum noch eine Rolle spielt.

■ «Nachbarschaften»

Im Ökumenischen Dorf gruppierten sich verwandte Themen zu vier «Nachbarschaften». An jedem dieser Orte wurden die grossen Anliegen der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung «aus der Praxis für die Praxis» erfahrbar gemacht. Wer zu Hause weiter an den Themen von Graz arbeiten will – und dies sind wohl die meisten, die Zeit und Geld investiert hatten, um dorthin zu kommen – fand hier auf Schritt und Tritt Anregungen und Ermutigung.

In einem geschützten Raum konnten einzelne, denen Unrecht widerfahren war, ihre Geschichte erzählen. Die Zürcher Journalistin Christine Voss, ehemals «Aufbruch»-Redaktorin, erklärte als Pressesprecherin des Dorfes, es gehe nicht bloss um individuelle Aufarbeitung des Leidens: «Hier wird eine Spiritualität ausgedrückt, die im Widerstand lebt und somit über die Seelsorge hinausgeht, indem sie eine gesellschaftliche Dimension bekommt.»

Auf dem «Dorfplatz» kamen weitere Opfer von Unrecht zum Reden: polnische Kleinbauern, deren Existenz bedroht ist; Roma-Gruppen aus Rumänien, denen die Vertreibung droht; armutsbetroffene Menschen aus der Schweiz und andern Ländern.

Trotz gemeinsamen Zielen herrschte im Ökumenischen Dorf nicht dauernde Harmonie. Christine Voss in ihrem Schlussbericht: «Hier spiegelte sich eine Spannung, die sich auch auf der offiziellen Ebene abgespielt hatte, mit dem Unterschied, dass es im Dorf beim täglichen Zusammenleben und Arbeiten keine Möglichkeit des Ausweichens gab. Konflikte mussten ausgetragen werden.»

■ «Abendmahlsstreit»

Einer dieser Konflikte entzündete sich an der Frage, ob am Schluss des Treffens das Abendmahl über die Grenzen der Konfessionen hinweg gemeinsam gefeiert werden könne. Die europäische Aufbruchbewegung und die Bewegung «Wir sind Kirche» (Kirchenvolksbegehren) hatten sich dafür stark gemacht. Die Versammlungsleitung erfuhr von den Plänen. Es gab Aufregung. Im Bemühen, ihr Prinzip der Kooperation auch am Ende nicht aufzugeben, sagten die Verantwortlichen des Dorfes zu, nicht weiter zu gehen als bis zu einer gemeinsamen Feier der Agape. Die vorpreschenden Gruppen aber planten, ausserhalb des Messegeländes in der Stadt gemeinsam Eucharistie zu feiern. Es war ihnen aber nicht ganz wohl bei dem Vorhaben, da sie sich damit in Gegensatz zu ihren Verbündeten gestellt hätten.

Schliesslich fand ein gemeinsam gestalteter Wortgottesdienst statt, bei dem das Leiden an der Unmöglichkeit, miteinander Eucharistie zu feiern, offen ausgesprochen wurde. In der Mitte standen Brot und Wein. Amtsträger verschiedener Konfessionen erklärten, wenn es nach ihnen ginge, würden sie nun Abendmahl feiern. Doch anstelle der Einsetzungsworte wurde das offizielle Versammlungslied gesungen, wobei die Strophe «Wir sind versöhnt» durch Schweigen und musikalische Dissonanzen ersetzt wurde. Dann wurden Brot und Wein bis zur Feier der Agape zugedeckt.

Sowohl beim Publikum wie bei der Presse fand das Ökumenische Dorf unerwartet viel Interesse. Allen Beteiligten ging die Wahrheit des Satzes auf, der im Restaurant des Dorfes an der Wand hing: «Zukunft entsteht dort, wo gemeinsam neue Ideen wachsen.»

Walter Ludin

tatsächlich katholische Missionare, die in der ehemaligen Sowjetunion ihren Glauben so verkündeten, als ob die Orthodoxen Heiden wären.

Karekin I., der Katholikos aller Armenier, der in seinem Vortrag vor dem Plenum der Versammlung mit profunden Kenntnissen westeuropäischer soziologischer Literatur brillierte, thematisierte «aus tiefster Sorge um die Lebensfähigkeit und Zuverlässigkeit unserer christlichen Botschaft» ebenfalls den Proselytismus. Die Situation «könne zu einem Chaos führen, wenn sie nicht in diesem frühen Stadium richtig und wirksam behandelt wird».

Der armenische Katholikos unterschied klar zwischen den Kirchen und den Sekten, die er aber beide für schuldig er-

■ **Auf dem gemeinsamen Weg**

«Trotz der vielen bekannten ekklesiologischen Differenzen, die zwischen uns bestehen und die Spaltungen innerhalb der Christenheit verursacht haben, sind wir uns bewusst, dass uns Jesus Christus in der gemeinsamen Trauer über den Skandal dieser Spaltungen und in unserer gemeinsamen Suche nach Versöhnung vereinigt» (Dokument der Grazer Versammlung [A1]).

«Das Gebet und das Hören auf das Wort Gottes waren für uns während diesen Tagen eine Feier der Versöhnung. Dadurch haben wir die Gabe Gottes erfahren und sind einander näher gebracht worden, ums uns zu befähigen, die nächsten notwendigen Schritte auf unserem gemeinsamen Weg zu suchen» (Dokument der Grazer Versammlung [A33]).

klärte: «Einige westeuropäische Kirchen versuchten und versuchen noch immer, anstatt mit den meisten orthodoxen Ortskirchen zu sprechen und sich über eine Zusammenarbeit zu beraten, ihre eigene, kirchlich unterschiedliche, konfessionelle, institutionelle Präsenz und ihr Wachstum in den nun unabhängigen Ländern zu konsolidieren... Was aber noch schwerwiegender ist und unserem ‹Versöhnungsdienst› zuwiderläuft, ist die Lawine so vieler Sekten und pseudoreligiöser Bewegungen, die in einer Art Feldzug oder Invasion die osteuropäischen Länder, einschliesslich unseres Landes Armenien, überrollt.» Karekin erzählte von seiner Heimat, in der jeder Stein und jedes Kunstwerk vom christlichen Glauben spreche. Wie könne ein solches Gebiet als vom Christentum «unberührt» betrachtet werden? Es sei sehr schmerzlich, zusehen zu müssen, wie Menschen in seine Heimat kommen, welche die Kirche ignorierten und humanitäre Hilfe dazu missbrauchten, um für ihre Sekten Menschen zu gewinnen.

■ **Hoffnungszeichen**

Beide ranghohen ostkirchlichen Sprecher weisen auf Auswege und Hoffnungszeichen hin. Alexij: «Trotz aller Probleme stellt man eine schrittweise Annäherung der Kirchen in Osteuropa fest und ein Bemühen um eine Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit, vor allem in der Überwindung des Proselytismus, im Kampf gegen die geistliche Aggression und zur Verhinderung einer Konkurrenzsituation in der Mission.»

Der Katholikos seinerseits berichtete, dass er bei seinem «letzten Besuch bei Seiner Heiligkeit Johannes Paul II. sehr erfreut war über die Offenheit und die Bereitschaft des Papstes, einen Handlungsplan für eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der römisch-katholischen und den armenisch-apostolischen Kirchen auszuarbeiten». Eine ähnliche Übereinkunft gäbe es seit Jahren zwischen dem Weltkirchenrat (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). Wie aus zahlreichen Gesprächen in Graz hervorging, fussen solche Abkommen auf dem Prinzip: «Bestehende Kirchen stärken statt eigene Strukturen aufbauen.»

Der anglikanische Primas, George Carey, Erzbischof von Canterbury, jedoch hob in einem Hearing die Chance hervor, welche die Anwesenheit ausländischer Missionare mit sich bringt. Der ranghöchste Anglikaner erklärte nach einem geschichtlichen Exkurs über die Evangelisierung der britischen Inseln: «Unsere Kirchen sind im Laufe unserer Geschichte zu keiner Zeit und nirgends völlig voneinander isoliert gewesen, und so sollte es tatsächlich auch sein.» Der Führer der englischen Nationalkirche zeigte sich davon überzeugt, dass solche Kirchen die Verantwortung tragen, Minderheitenkirchen zu schützen. George Carey nahm dann eine vermittelnde Position ein: «Aggressive Evangelisation, die aus der Armut und der Unkenntnis Nutzen zieht, muss natürlich angeprangert werden. Aber ein Exklusivanspruch einer Nationalkirche, die den christlichen Glauben für sich allein vereinnahmen will, ist ebenso zu verurteilen.»

■ **Angst vor dem Westen**

Hinter den Spannungen in Osteuropa, vor allem in der ehemaligen Sowjetunion, stehen nach Auffassung von Kardinal Franz König starke antiwestliche Strömungen. Der Westen, der sowohl die Aufklärung wie einen Hitler in den Osten gebracht hat, werde mit der katholischen Kirche gleichgesetzt.

Entspanntere Beziehungen werden auch dadurch verhindert, dass eine abgrundtiefe Ablehnung des «Ökumenismus» herrscht, der für viele den gleichen Klang hat wie «Kommunismus». Patriarch Alexij, der übrigens deutsch-baltische Wurzeln hat (er wurde als Baron von Rüdiger, russisch «Ridiger» geboren), sagte im vorhin zitierten Abschnitt über die westliche Invasion: «Der Begriff ‹Ökumenismus› ist im Bewusstsein der Mehrheit der Mitglieder unserer Kirche zu etwas Gefährlichem und völlig Inakzeptablem geworden.» Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Patriarch mit seiner offenen ökumenischen Haltung in den eigenen Reihen nicht geringe Schwierigkeiten hat.

Nicht nur in der ehemaligen Sowjetunion gibt es eine zunehmende Konfessionalisierung als Folge der Angst, die eigene Identität zu verlieren. Das treue Festhalten an den Traditionen hat im übrigen dazu beigetragen, dass die Kirchen in schweren Zeiten überleben konnten. Nun aber, nach der Öffnung, fürchtet man sich vor einem «moralischen und lehrmässigen Relativismus», vor allem auch vor «gewissen liberalen Protestanten» (so der rumänische Metropolit Daniel).

■ **Orthodoxe Feindbilder**

Wir überfordern die Orthodoxen, wenn wir von ihnen erwarten, dass sie bezüglich der Ökumene in wenigen Jahren den gleichen Weg zurückgelegt haben, für den wir im Westen sechs Jahrzehnte brauchten. Mit dieser Meinungsäusserung mahnte ein österreichischer Ökumeniker zur Geduld mit den Ostkirchen. Die Geduld wird aber oft strapaziert, wenn beispielsweise im Plenum der Grazer Versammlung ein orthodoxer Sprecher es strikte ablehnt, einen Text mit theologischem Charakter anzunehmen, weil ein «Konsens» bloss Anlass zu «neuem Dissens» würde. Oft hat man das Gefühl, es werde unter den übrigen Kirchen ein eigentliches Feindbild der Orthodoxen aufgebaut. Nicht selten kursieren über sie Gerüchte, die jegliche Grundlage entbehren. So wurde in Graz während der letzten Pressekonferenz von Journalisten behauptet, die Orthodoxen würden sich weigern, am Schlussgottesdienst teilzunehmen.

Wer mit offenen Augen an ökumenischen Begegnungen teilnimmt, macht Beobachtungen, die althergebrachte Vorstellungen über «die» Orthodoxen ins Wanken bringen. Da erfährt man zwar, dass während des Empfangs bei der steierischen Landeshauptfrau die Frau des anglikanischen KEK-Präsidenten samt der Gastgeberin an einen «Katzentisch» plaziert wurden, um den russischen Patriarchen (auf seinen Wunsch?) davor zu bewahren, mit einer Frau am gleichen Tisch zu essen. Man sieht aber auch einen andern hohen ostkirchlichen Würdenträger zusammen mit vier Frauen auf einem Podium sitzen, etwas, was nach seinen Worten vor 60 Jahren undenkbar gewesen wäre. Oder ein letztes Beispiel, das im Schlussgottesdienst bei einer Schweizer Kollegin Vorstellungen einer frauenfeindlichen Orthodoxie ins Wanken brachte: Vor ihr stand mit einer Videokamera ein Pope, der immer wieder von seiner Frau abgelenkt wurde, die seine zärtliche Nähe suchte...

■ **Orthodoxe Priesterinnen?**

Während der Delegiertenversammlung durften ökumenische Streitfragen nicht angesprochen werden. Der «Kirchentag» aber konzentrierte sich auf Fragen des gemeinsamen Zeugnisses der Christen für die Versöhnung. So wurden insgesamt nur selten kontroverse Fragen offen und ausführlich angegangen.

Eine überraschende Feststellung machte die griechisch-orthodoxe Theologin Katarina Karkala-Zorba, indem sie «klarstellte», dass in ihrer Kirche die Frage einer Priesterweihe für Frauen sehr wohl diskutiert werde. Das Argument, mit Rücksicht auf die Orthodoxie dürften in der katholischen Kirche keine Frauen zu Priesterinnen geweiht werden, führe «völlig in die Irre». Zudem werde auch im orthodoxen Bereich die Stellung der Frauen in Gesellschaft und Kirche sich verändern.

Während eines Hearings in der grossen Messehalle von Graz wurde spürbar, dass rasche Fortschritte in der Frage des gemeinsamen Abendmahles aller christlichen Konfessionen noch nicht in Sicht sind. Am meisten wehrten sich die Sprecher der Orthodoxen gegen die Vorstellung einer gemeinsamen Feier der Eucharistie. Ihre Position markierte mit einem, allerdings nicht bitterernst gemeinten Wort ein junger russischer Theologe: «Es stimmt überhaupt nicht, dass wir die Kommunion jemandem vorenthalten. Doch bevor jemand bei uns kommunizieren will, muss er orthodox werden.» Auf dem Podium nahm die katholische Position eine Mittelstellung ein.

Heinz Rüegger, der Ökumene-Beauftragte des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), der übrigens am meisten Applaus bekam, erinnerte daran, dass die Lutheraner und die Reformierten bis 1973 keine Abendmahlsgemeinschaft hatten. Diese kam erst durch die «Leuenberger Konkordie». Luther und seine Kirche hatten – wie die Katholiken – die «Real-Präsenz» Christi im Abendmahl betont, Zwingli die «Spiritual-Präsenz». Der Durchbruch kam in der Einigung auf die «Personal-Präsenz». Dazu Rüegger: «Alle weiteren Ausdeutungen werden bewusst offengelassen.»

■ **«Feier der Vielfalt»**

Vor allem die fast 13 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Teiles, der als «europäischer ökumenischer Kirchentag» bezeichnet werden kann, erlebten in Graz die konfessionellen Unterschiede als Bereicherung, so dass der anglikanische Primas von einer «Feier der Vielfalt» sprechen konnte. Der Glauben an den gemeinsamen Gott stand im Vordergrund, so dass gerade nicht der Fall war, was Evangelikale während des Schlussgottesdienstes auf Plakaten behaupteten: «In dieser Kirche hat jeder seinen eigenen Gott.»

Auf einer Pressekonferenz zu Beginn der Versammlung rief der armenische Katholikos dazu auf, die Unterschiede nicht als Gegensätze, sondern als gegenseitige Ergänzungen zu betrachten: «Wir stimmen vielleicht in 99 von 100 Punkten überein. Sprechen wir nicht bloss über den einen Punkt, den wir nicht gemeinsam haben!» Da in Graz sehr stark die gesellschaftlichen Forderungen von Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung im Vordergrund standen, war – vor allem beim «Kirchentag» – die Gefahr gering, sich bei den konfessionellen Differenzen aufzuhalten.

Es war aber nicht zu übersehen, dass es «vor Ort» mit dem harmonischen Zusammenleben nicht immer weit her ist. Dass aber aus Rumänien, einem Land mit starken zwischenkirchlichen Spannungen, am meisten Gläubige nach Graz kamen, wurde als Zeichen dafür gewertet, dass die Menschen im Osten eine tiefe Sehnsucht nach Einheit verspüren.

■ **«Ökumene des Volkes»**

In Graz machte der Begriff «Ökumene des Volkes» die Runde. Die Zeit der ökumenischen Experten sei vorbei. Das Kirchenvolk sei gefordert und zur Mitarbeit aufgerufen. Seine gelebte Ökumene bedeute einen qualitativen Sprung, der von der Papier-Ökumene wegführe.

Noch nie wurde in Europa die «Ökumene des Volkes» derart intensiv praktiziert wie in Graz. Dabei wurde die Feststellung gemacht, es gäbe zwei ökumenische Geschwindigkeiten. Die Basis finde sich mit der Trennung der Kirchen nicht mehr lange ab, während die Kirchenleitung aus diplomatischen Rücksichtnahmen eine langsamere Gangart einschlüge. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, machte allerdings den Einwand, «oben» wie «unten» gäbe es eine «Ungleichzeitigkeit». Der Bischof von Mainz stellte dann zur Überraschung vieler fest, die «konfessionsverbindenden Ehen» seien «Motor» und «Dynamik» der ökumenischen Bewegung.

Bekanntlich zeigte die katholische Kirche Mühe mit dem Begriff «konziliarer Prozess» (für Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung). In Graz aber betonte Kardinal Carlo Maria Martini, mit Patriarch Alexij Co-Präsident der Versammlung von 1989 in Basel, das dortige Treffen sei «ein Vorgang dieses Prozesses» gewesen, der weitergehen müsse. Auf die Frage nach einem Konzil aller Konfessionen erklärte der Mailänder Erzbischof: «Es sollte in diese Richtung gehen.»

Wer in Graz war, erfuhr, dass noch viel Wasser die Mur herunterfliessen muss, bis ein gemeinsames Konzil verwirklicht wird. Doch trotz Schwierigkeiten mit der «Papier-Ökumene» wurde dank der «Ökumene des Volkes» die Hoffnung bestärkt, die Bischof Lehmann etwas salopp ausdrückte: «Die ökumenische Bewegung ist eine Kraft des Geistes und durch nichts kaputt zu kriegen.» *Walter Ludin*

Der Kapuziner P. Walter Ludin nahm als freiberuflicher Journalist an der Grazer Tagung teil

Die Texte der Grazer Versammlung sind auf dem Internet unter folgender Adresse abrufbar: http://www.ökumene.at.

Pastoral

Zur Diskussion um die Alphavision

Ende 1997 wird die befristete Konzession für die halbstündige Sendung «Fenster zum Sonntag» auslaufen. Mitte Mai reichte deshalb die Veranstalterin aus dem evangelikalen und freikirchlichen Milieu, die Alphavision, ein Gesuch um Erneuerung der Konzession beim Bundesrat ein. Das Gesuch dürfte kaum auf Widerstand stossen, zumal die religiöse Sendung eine beachtliche Resonanz beim Publikum gefunden hat und keine der ausgestrahlten Sendungen den religiösen Frieden ernsthaft gefährdete. Eine Expertenkommission wertete im Auftrag des Bundesrates die Erfahrungen der inzwischen fast zweijährigen Versuchsphase aus. Sie wird grundsätzlich die Wünschbarkeit der Konzessionierung von religiösen Veranstaltern bejahen und politische und rechtliche Vorschläge entwickeln, wie die strittigen religions- und medienpolitischen Fragen gelöst werden können. Der Autor des folgenden Beitrages ist Mitglied

der Expertenkommission. In seinen Ausführungen greift er auf Diskussionen und Zwischenberichte der Kommission zurück, auch wenn Einschätzungen im Detail nicht die Meinung aller Mitglieder widerspiegeln dürften.

Im Dezember 1993 löste das erste Gesuch der Alphavision bei interessierten Kreisen eine heftige religions- und medienpolitische Debatte aus. Die Leitungen der Landeskirchen sowie die kirchlichen Mediendienste richteten ihre Einwände allerdings nicht primär gegen das geplante Programm der Alphavision. Von dieser forderten sie nur eine klare Selbstdeklaration (Christen aus Freikirchen und der Evangelischen Allianz), damit keine Zweifel an der Urheberschaft der verbreiteten Botschaften aufkommen können. In ihrer Stellungnahme machten sie vielmehr auf den nachhaltigen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel aufmerksam, den die Zulassung religiöser Veranstalter mit Programmen in eigener redaktioneller Verantwortung bedeutet.

Medienpolitischer Klärungsbedarf

Bei der Vernehmlassung zum Gesuch der Alphavision nahmen der Evangelische und der Katholische Mediendienst Anfang 1994 ablehnend Stellung. Neben Vorbehalten zur religiösen Werbung machten sie dabei vor allem auf den präjudizierenden Charakter einer allfälligen Konzessionserteilung aufmerksam. Religiöse, weltanschauliche und politische Veranstalter könnten künftig in eigener Verantwortung Sendungen verbreiten. Diese nachhaltige Veränderung könnte der publizistischen und propagandistischen Vermarktung sowohl des Politischen als auch des Religiösen Vorschub leisten (vgl. das Phänomen der amerikanischen Fernsehprediger mit ihren Electronic Churches). Zudem könnten der religiöse Frieden oder der Grundsatz der Religionsfreiheit gefährdet werden, wenn die Konzessionsbehörde autoritären weltanschaulichen Organisationen wie dem Verein für Psychologische Menschenkenntnis, den Scientologen oder der antisemitischen Universalen Kirche ausschliesslich nach medienrechtlichen Kriterien die Möglichkeit einräumen würde, Programme in eigener redaktioneller Verantwortung auszustrahlen.

Das Bundesamt für Kommunikation handelte mit den Beteiligten einen Kompromiss aus, dem schliesslich alle Betroffenen zustimmen konnten. Im Mai 1995 wurde der Alphavision eine auf Ende 1997 befristete Konzession erteilt. Das Gesuch der Alphavision wurde zu einem zweieinhalbjährigen Pilotprojekt umdefiniert. Zu seiner Begleitung setzte das Bundesamt für Kommunikation im Auftrag des Bundesrates eine Expertenkommission ein. Ihre Aufgabe war es, abzuklären, ob weltanschauliche Rundfunkveranstalter in der Schweiz erwünscht sind und mit welchen rechtlichen, sozialen und politischen Folgen bei einer allfälligen Konzessionierung zu rechnen ist; zudem sollte die Kommission Kriterien für eine allfällige Konzessionierung entsprechender Veranstalter erarbeiten. Heute bieten die Erfahrungen des Pilotprojekts Alphavision sowie die Erwägungen des Expertenberichtes der interessierten Öffentlichkeit Grundlagen für eine kompetente Diskussion des anstehenden medien- und religionspolitischen Paradigmenwechsels.

Der Expertenkommission gehörten Fachleute des Staatskirchenrechts, der Religionswissenschaft, der Sektenberatung, der kirchlichen Medienarbeit, ein Verantwortlicher der Alphavision sowie Vertreter des Bundesamtes für Kommunikation an. Sie werden ihren Bericht voraussichtlich im kommenden September bereinigen und dem Bundesrat als Entscheidungsunterlage abliefern.

Stärken des bisherigen Modells

Die Darstellung von Religion, Weltanschauung und Politik war bis zur Konzessionierung der Alphavision im Rundfunk nicht den direkt Interessierten überlassen, sondern der unabhängigen journalistischen Behandlung zugewiesen. Die Kirchen anerkannten deshalb die (säkulare) Programmautonomie der SRG und bejahten, Objekt einer fairen publizistischen Berichterstattung zu sein. Auch wenn das Verhältnis zwischen der SRG und den Kirchen sich in den Sprachregionen unterschiedlich entwickelte, regelten die Landeskirchen sowie Schweizer Radio und Fernsehen DRS ihre Zusammenarbeit in den Vereinbarungen von 1979. Darin anerkennen die Partner, dass im Rahmen des kulturellen Programmauftrages Religion als eine wesentliche Dimension der Menschen angemessen zu berücksichtigen sei und die Kirchen entsprechend ihrer religiösen und sozialen Bedeutung für die Gesellschaft zur Sprache kommen sollen. Als redaktionell zuständige Instanz räumt die SRG den Kirchen als «gesellschaftlich relevante Gruppen» eine definierte Mitwirkung bei Übertragung von Gottesdiensten, den Radiopredigten sowie dem «Wort zum Sonntag» ein.

Die Vereinbarungen sind integrations- und entwicklungsfähig. Die Vielstimmigkeit des Religiösen berücksichtigend ist das Modell auf die Zusammenarbeit mit jüdischen und islamischen Gemeinschaften in der Schweiz angewendet und ausgeweitet worden. Die meisten freikirchlichen und evangelikalen Denominationen hingegen lehnten eine Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinbarungen ab. Das Modell der gegenseitigen Anerkennung von öffentlichen Einrichtungen (SRG als Service public und [Volks-]Kirchen als gesellschaftlich relevante Gruppen) nahmen sie als ein Korsett für ihre Auffassung von prophetischem Auftrag und missionarischer Publizistik wahr. Statt der Mitverantwortung im Rahmen der programmlichen Zusammenarbeit mit der SRG suchten evangelikale Medienorganisationen nach Programmformen, in der sie selber als Veranstalter redaktionelle Verantwortung übernehmen können. Entsprechend begrüssten sie die medienpolitische Deregulierung des Rundfunks und stellten sich konsequent auf diese Entwicklung ein, indem sie eigene Produktionseinrichtungen aufbauten.

Ein typisches Beispiel evangelikaler Medienpolitik stellt der ERF-Schweiz dar. 1973 gegründet, stellt er heute mit seinen insgesamt 25 Mitarbeitern und einem Budget von rund drei Millionen Franken die grösste Fachredaktion der elektronischen Medien in der Schweiz zum Thema Religion und Glaube dar. Zusammen mit der bereits 1959 entstandenen Schwesterorganisation in Deutschland strahlt der ERF über Trans World Radio weltweit in 110 Sprachen Sendungen aus. Seit den frühen achtziger Jahren beliefern Medialog (vormals ACR) und ERF die Lokalradios mit zentral hergestellten Sendeelementen, die von 20 Lokalradios zum Teil regelmässig ausgestrahlt werden. Im Mai 1995 erhielten Alphavision und ERF die Konzession für das halbstündige Fernsehmagazin «Fenster zum Sonntag». Seit vergangenem Herbst strahlt der ERF täglich ein stündiges Programmfenster beim Volksmusiksender «Eviva» auf Mittelwelle aus.

Erfolg des «Fenster zum Sonntag»

Bereits während der Versuchsphase konnte das Fernsehprojekt von Alphavision und ERF einen beachtlichen und stetig wachsenden Erfolg verbuchen. «Fenster zum Sonntag» erreichte mit den beiden Ausstrahlungen im zweiten Programm von SF DRS (jeweils sonntags um 11.30 Uhr und nach 22 Uhr) durchschnittlich 31 000 (1995), 41 000 (1996) und 61 000 Zuschauende (in den ersten vier Monaten 1997). Die kumulierte Reichweite der beiden Ausstrahlungen übertrifft bereits die Reichweite der nur einmal ausgestrahlten Sendung «Sternstunde Religion» (SF DRS, sonntags 10 Uhr). Das evangelikale Fensterprogramm erreichte mit seinem pro-

fessionellen und jugendlichen Image im Durchschnitt ein zehn Jahre jüngeres Publikum als die «Sternstunden Religion».

Den missionarischen Ansatz evangelikaler Publizistik vermochten die Programmverantwortlichen der Alphavision zu einem unverwechselbaren journalistischen Stil zu entwickeln. In Kontrast zu den meisten Informationssendungen, die die Wirklichkeit vor allem auf negative Ereignisse hin beobachten und mit ihren Informationen über nicht-gelingendes Leben die Zuschauenden teilweise überfordern, setzen vor allem die Magazinsendungen der Alphavision auf die Qualität exemplarischer Problemverarbeitung. Sie greifen aktuelle seelische und soziale Konflikte auf und vernetzen sie mit christlich inspirierten Lösungsansätzen und Handlungsmöglichkeiten. Letztere werden in der Regel nicht von professionellen Kirchenleuten angemahnt, sondern von Laien als konkrete Erfahrungen in ihrer Lebenswelt erzählt beziehungsweise bezeugt. Zuweilen fallen Sendungen ins alte Muster missionarischen Überredens zurück, etwa wenn aufgeworfene Probleme nur als Vorwand dienen, das eigene Bekenntnis zu deponieren. Thematisch interessierte Zuschauer dürften sich dann kaum ernstgenommen fühlen und werden das Interesse verlieren. In der Regel aber gelingen den Programmschaffenden durchaus glaubwürdige Sendungen, die die befreiende und heilende Kraft des Glaubens spürbar werden lassen, wohl auch bei Menschen, die das evangelikale Bekenntnis weder von der Intensität noch von den Inhalten her teilen. Ein Indiz für die heilende Kraft der Sendung sind die Reaktionen vieler Zuschauer, die nach Sendungen schreiben oder anrufen und von den angebotenen Möglichkeiten der Beratung oder thematischen Vertiefung Gebrauch machen.

Zur Wünschbarkeit religiöser Veranstalter

In ihrem Bericht an den Bundesrat vom Herbst 97 bejaht die Expertenkommission grundsätzlich die Wünschbarkeit (bzw. sie verneint sie nicht ausdrücklich), religiöse Veranstalter zuzulassen. Das Modell bietet findigen und initiativen Veranstaltern die Möglichkeit, für vermutete Bedürfnisse Programmangebote in eigener redaktioneller und finanzieller Verantwortung zu entwickeln. Der Erfolg des «Fenster zum Sonntag» fällt dabei als faktisches Argument ins Gewicht.

Nach der Vervielfachung der Distributionskanäle und der rechtlichen Liberalisierung des Rundfunks sprechen aber auch systematische Gründe für eine Öffnung von Radio und Fernsehen für religiöse Veranstalter. Die Expertenkommission bezieht sich dabei vor allem auf das medienrechtliche Gebot der publizistischen Vielfalt sowie das Grundrecht der Religionsfreiheit (Art. 49 BV: Glaubens- und Gewissensfreiheit; Art. 50 BV: Kultusfreiheit; Art. 9 EMRK). Letzteres schützt sowohl die Bildung der eigenen Glaubensüberzeugung als auch die Möglichkeit, dieser Ausdruck zu verleihen. Unter dem Gesichtspunkt der Religionsfreiheit ist es grundsätzlich wünschbar, dass verschiedene Bekenntnisse die Möglichkeit erhalten, sich – auch in Anspruchnahme staatlich verwalteter Einrichtungen – in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und damit die Konkurrenz verschiedener Glaubensauffassungen zu bewirken. Die Ausübung des einzelnen Glaubens darf indessen den öffentlichen Frieden nicht stören. Diesen hat der Staat zu schützen. Im übrigen soll er die religionsrechtliche Neutralität wahren, welche die Gleichberechtigung verschiedener Bekenntnisse und Gemeinschaften auf der Grundlage ihrer Gleichwertigkeit verlangt.

Medienpolitische Optionen der Konzessionsbehörde

Der ordnungspolitische Rahmen ist von entscheidender Bedeutung, ob die Zulassung religiöser Veranstalter eher positive oder negative Auswirkungen haben wird. Die Kommission hat deshalb verschiedene Modelle entwickelt, wie die Vielfalt weltanschaulicher Veranstalter organisiert werden kann. Das Postulat, die Vielfalt und die Pluralität des religiösen Lebens angemessen in den elektronischen Medien zu berücksichtigen, kann grundsätzlich wie bisher im Rahmen des Programmauftrages der SRG ohne zusätzliche Konzessionierung von weltanschaulichen Veranstaltern (vgl. Vereinbarungen von 1979) oder neu über die Zulassung religiöser Veranstalter gelöst werden.

Der Trend der Deregulierung bietet die Möglichkeit, dass verschiedene Kirchen und Religionsgemeinschaften ihren Glauben in eigener redaktioneller Verantwortung öffentlich darstellen können. Die Kommission arbeitete vier Modelle der Zulassung weltanschaulicher Veranstalter aus. Bei allen Modellen spielt die Positionierung der SRG eine wichtige Rolle. Die Kommission favorisiert das Modell A.

Beim Modell A garantiert die SRG mit ihrem umfangreichen Leistungsauftrag die Grundversorgung, indem sie wie bisher über das religiöse Leben berichtet und es mit kulturellen Beiträgen zum Ausdruck bringt. In diesem Zusammenhang kann und soll auch die Zusammenarbeit mit den Kirchen weiterentwickelt werden. Zusätzlich zur Grundversorgung der SRG werden selbständige religiöse Veranstalter konzessioniert. Wegen ihrer Komplementarität zur Grundversorgung sollen den religiösen Veranstaltern allerdings keine Auflagen gemacht werden, wie sie für den Service public typisch sind (Berücksichtigung der religiösen Vielfalt). Weltanschauliche Veranstalter sollen im Rahmen rechtsstaatlicher Bedingungen vielmehr heisse Formen der prophetischen Rede sowie der Überzeugungskommunikation pflegen dürfen. Unabhängig von der Existenz selbständiger religiöser Veranstalter, hat die SRG ihren Leistungsauftrag selbst zu erfüllen und der Ausgewogenheit Rechnung zu tragen. Die Konzessionierung religiöser Veranstalter darf deshalb nicht zu einem Abbau der religiösen Leistungen der SRG führen.

Beim Modell B werden den weltanschaulichen Veranstaltern in ihrem Themenbereich ähnliche Auflagen gemacht wie der SRG (Berücksichtigung der religiösen Vielfalt, ausgewogene Berichterstattung, Grundversorgung). Weil diese Auflagen die religiösen Veranstalter in eine direkte Konkurrenz zur SRG drängen, können sie sich kontraproduktiv auswirken.

Im Modell C wird die SRG von ihrem religiösen Programmauftrag dispensiert. Die interessierten Kirchen und religiösen Gruppierungen veranstalten gemeinsam und mit einer eigenen Konzession ein integriertes ökumenisches Programm und berücksichtigen durch eine offene Struktur der Trägerschaft die religiöse Vielfalt (vgl. Vision TV in Kanada). Dem ökumenischen Veranstalter könnten für seine redaktionellen Leistungen einen Teil der Gebühren zur Verfügung gestellt werden. Statt die Deregulierung des Religiösen bloss abzubilden oder zu verstärken, würde dieses Modell die religiöse Vielfalt in eine Kultur des Dialogs integrieren und weiterentwickeln. Die Kommission hegt allerdings Zweifel, ob der Aufbau einer solch integrierenden Struktur handlungsfähig wäre, und erachtet die Entlassung der SRG vom religiösen Programmauftrag nicht als sinnvoll.

Im Modell D wird die Vielfalt weltanschaulicher Veranstalter in direktem Wettbewerb ohne entsprechende Programmauflagen weder für die SRG noch für die religiösen Veranstalter organisiert. Dieses Modell ist in der Schweiz rein theoretisch denkbar, die Kommission verwirft es allerdings aus kulturellen und medienrechtlichen Gründen.

Möglichen Gefahren vorbeugen

Um die potentiellen Probleme, die durch die Zulassung von weltanschauli-

chen Veranstaltern entstehen können, zu verhindern, schlägt die Kommission verschiedene rechtliche Massnahmen vor. Weil die Konzessionierung der Alphavision ein Präjudiz für die Zulassung anderer weltanschaulicher Veranstalter darstellt, entwickelt die Kommission Kriterien für die Zulassung weltanschaulicher Veranstalter. Die Kriterien setzen nicht ein bestimmtes theologisches Grundverständnis voraus, sondern orientieren sich an einer Kommunikationskultur, welche die verschiedenen Glaubensrichtungen nach Spielregeln einer offenen und demokratischen Gesellschaft zueinander in Beziehung setzt. Entsprechend haben weltanschauliche Veranstalter und die dahinterstehenden Religionsgemeinschaften 1. ihr religiöses Anliegen offenzulegen, 2. den religiösen Frieden nicht zu gefährden, 3. die persönliche Integrität der Adressaten und Mitglieder zu achten, 4. das geltende Recht zu respektieren sowie 5. über eine minimale gesellschaftliche Relevanz zu verfügen (Grösse, soziales Engagement und geschichtliche Verwurzelung).

Im weiteren schlägt die Kommission Auflagen programmlicher Art vor (transparente Selbstdeklaration, redaktionelle Unabhängigkeit im Rahmen der Programmrichtlinien und des Redaktionsstatuts, Respekt vor religiösen Gefühlen, journalistische Sorgfaltspflicht, Manipulationsverbot). Sie bestimmt den Umfang des religiösen Werbeverbotes und macht Vorschläge für die Regelung von Spendenaufrufen.

■ Vor einem Paradigmenwechsel in der kirchlichen Fernseharbeit?

In Ergänzung zur Grundversorgung der SRG eröffnet der vorgesehene ordnungspolitische Rahmen initiativen religiösen Veranstaltern einen geordneten Zugang zu Radio und Fernsehen. Für die Rundfunkpolitik der Landeskirchen ergeben sich daraus folgende Konsequenzen: 1. Sie stellen sich prioritär auf die Zusammenarbeit mit der SRG ein und entwickeln gemeinsam mit den Fachredaktionen Religion die kirchlich mitverantworteten Sendungen weiter. 2. Sie arbeiten mit privaten Veranstaltern zusammen, beim Regionalfernsehen pflegen sie informelle Formen der Kooperation, die Lokalradios beliefern sie zusätzlich mit Sendeelementen. 3. Sie unterstützen Initiativen aus ihrem Umfeld, religiöse Programme in eigener Verantwortung zu veranstalten. Von ihrem Profil her müssten diese Sendeformen die religiöse Grundversorgung der SRG allerdings ergänzen und nicht konkurrenzieren. Das Spektrum möglicher Kooperationen kann reichen von unterschiedlichen Arten der Mitwirkung im «Fenster zum Sonntag» bis zur Unterstützung beim Aufbau religiöser Spartenprogramme, die europaweit über Satelliten ausgestrahlt werden.

Falls die medien- und religionspolitische Deregulierung sich ungebrochen fortsetzt, werden die Kirchen ihre bisherige Rundfunkpolitik ändern müssen. Eine kritische Grenze dürfte dann erreicht sein, wenn 1. die SRG entweder ihre marktführende Stellung verliert, 2. ihre Position als Service public medienpolitisch empfindlich geschwächt wird oder 3. die öffentliche Anerkennung der Kirchen als gesellschaftlich relevante Gruppen versickert. Im nachhaltig deregulierten Umfeld könnten die Kirchen ihre Rundfunkarbeit nicht mehr prioritär auf die Zusammenarbeit mit der SRG abstellen, sondern müssten selber als Veranstalter von Sendeelementen oder Programmfenstern redaktionelle Verantwortung übernehmen.

Erst im Falle einer nachhaltigen Deregulierung werden die Landeskirchen Programme in eigener Verantwortung veranstalten. Diese Variante ist zwar kostspielig, ermöglicht aber freiere Gestaltungsmöglichkeiten und authentischere Selbstdarstellungen. Unter dem Arbeitstitel «Kirche am Markt» entwickelten die kirchlichen Mediendienste Konzepte für mögliche Sendeformen im Fernsehen und stellten der Kirchenleitung sowie den Auftrag- und Geldgebern entsprechende Finanzpläne vor. Sie bezogen sich dabei auf die Erfahrungen der Alphavision. Ihre jährlichen Betriebskosten von zwei Millionen Franken werden zur Hauptsache mit Spenden vor allem evangelikaler Christen gedeckt. Dieser Betrag ist fast dreimal höher als jener, den die katholische Kirche in der deutschsprachigen Schweiz für die Finanzierung ihrer überregionalen Medienarbeit in den Bereichen Film, Radio und Fernsehen aufbringt. Die Veranstaltung von religiösen Programmen stellt nur schon aus finanziellen Gründen einen Paradigmenwechsel der bisherigen kirchlichen Medienarbeit dar. Eine solche Entscheidung geht weit über die Zuständigkeit der kirchlichen Mediendienste hinaus und erfordert von Kirchenleitung und Geldgebern neue pastorale und finanzpolitische Prioritäten. *Matthias Loretan*

Matthias Loretan ist der Leiter des Katholischen Mediendienstes, der Fachstelle für Film, Radio, Fernsehen, Medien und Kommunikation der römisch-katholischen Kirche in der Deutschschweiz

Berichte

Nicht mehr: Was ist – sondern: Wer macht Wirtschaft?

«Frauen-Wirtschaft» war das Thema des Studienteils der Jahresversammlung des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes (SKF), die dieses Jahr im Mai in Sarnen stattfand. Frauen sind von Wirtschaftskrisen ebenso betroffen wie Männer, die Volkswirtschaft dürfe uns deshalb nicht gleichgültig sein, gab Hanna Furtwängler in der Einführung zu bedenken. In drei Referaten und im Schlusswort der Obwaldner Regierungsrätin Elisabeth Gander wurden pointierte Ansichten zur Wirtschaftslage geäussert.

«Wer macht Wirtschaft?» – unter dieses Thema stellte die Ökonomin Anna Sax, bis vor kurzem Mitarbeiterin der «Erklärung von Bern», ihr Referat. Heute können wir nicht mehr nur fragen: «Was *ist* Wirtschaft», sondern: «*Wer macht* Wirtschaft». Diese Fragestellung bedingt, dass Frauen nicht passiv abseits stehen dürfen und sich über die Folgen der Krise beklagen, sondern immer mehr danach fragen, welches ihr Beitrag ist. Wirtschaft ist ein Gebiet, das viele Frauen eher aus Distanz betrachten, obwohl sie eigentlich mitten drin stecken. Im Bereiche der «Hauswirtschaft» sind sie meist die Spezialistinnen und für das Überleben der Familie zuständig. Sie wissen die knappen Ressourcen so zu nutzen, dass die Grundbedürfnisse möglichst aller gedeckt werden können.

Mit der Volkswirtschaft wird die Gesamtheit der wirtschaftlichen Aktivitäten in einem Land bezeichnet. Das Mass für die Grösse einer Volkswirtschaft sei das Sozialprodukt oder das Volkseinkommen. Allgemein gelte das Bruttosozialprodukt (BSP) und das Volkseinkommen (oder das Pro-Kopf-Einkommen) als Massstab für den Wohlstand eines Landes. Seit längerer Zeit hätten besonders Frauen Zweifel an der Gültigkeit des BSP und des Volkseinkommens als Mass für Wohlstand, was

Anna Sax in ihrem Vortrag mit einem Beispiel verdeutlichte.

Im alltäglichen Leben von Herrn und Frau Gerster, Versicherungsagent und Hausfrau, beeinflussen folgende Zahlen das Bruttosozialprodukt am Tag X: Mit dem Verkauf von zwei Versicherungen, der auswärtigen Verpflegung, seinem Lohn, den Spesen und einem kleineren Autounfall kamen durch Herrn Gerster 2400 Franken in Umlauf. Frau Gerster macht Einkäufe. Sie putzt, kocht, flickt den Anzug von Herrn Gerster, arbeitet im Garten, macht mit den Kindern Hausaufgaben. Ihre Arbeit macht sie gratis, im BSP schlagen sich nur die Einkäufe von 86 Franken nieder. Ihr Beitrag zählt nicht als Beitrag an die Volkswirtschaft. Nach offizieller Lesart leiste Herr Gerster einen ungleich grösseren Beitrag zur Volkswirtschaft als Frau Gerster. Was nicht direkt mit Geld messbar ist, zählt nicht zur Wirtschaft und geht deshalb auch in der Politik gerne vergessen. Zudem wird der Teil der Arbeit, der «nicht zählt», vorwiegend von Frauen geleistet. Diese Logik, die auch Unfälle und Waffenproduktion zur «Wohlstandsförderung» werden lasse, entspringe der Ideologie der Marktwirtschaft, die Lehre von Angebot und Nachfrage, wonach eine «unsichtbare Hand» die Beziehungen regelt zwischen denen, die etwas verkaufen, und denen, die kaufen wollen. In der Lehre der Marktwirtschaft sei die Gesellschaft eine Ansammlung von Individuen, die sich – quasi naturgesetzmässig – je einzeln nutzenmaximierend verhalten und so auch den grösstmöglichen Gesamtnutzen erreichen.

■ In was wird investiert?

Die auf das Messbare reduzierte Wirtschaft, die nur das als «produktiv» wertet, was Geld einbringt, braucht, um zu überleben, das Wachstum. Die Produktion von Gütern geht solange gut, wie die Nachfrage wächst. Sind die Märkte «gesättigt», braucht es weniger Arbeitskräfte. Deshalb entsteht in einer Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit, und die Leute, die keinen Erwerb mehr haben, kaufen noch weniger – die Nachfrage sinkt weiter. Es entsteht ein Teufelskreis. Nicht nur die Unternehmer, auch die Gewerkschaften sehen nur eine Möglichkeit zur Überwindung der Krise: das Wirtschaftswachstum. Ende April dieses Jahres habe deshalb das Parlament in seltener Einigkeit ein «Investitionsprogramm» beschlossen. Damit alleine sei es aber nicht getan. Anna Sax bemängelte die einseitige Verlagerung der Investitionsspritzen auf das Baugewerbe. Statt nur in diesen Wirtschaftszweig zu investieren, wäre es sinnvoller, in die Studien zu investieren, wie der vorhandene Wohlstand gerechter verteilt werden könnte. Die gegenwärtige Krise treffe vor allem die, welche den «unsichtbaren» Teil der Wirtschaft am Laufen gehalten hätten, die Frauen. In der Schweiz spüren viele Frauen – ob Mütter oder nicht, verheiratet oder unverheiratet – die Folgen der Missachtung ihrer ökonomischen Leistungen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind auf eine arbeitsteilige Welt zugeschnitten. Für die Frauen ist darin die häusliche, pflegende Rolle vorgesehen. Nur so ist es zu erklären, dass die Schweiz als eines der letzten Länder dieser Welt noch keinen Mutterschaftsurlaub kenne.

Die aktuellen Wirtschaftsmodelle, so Anna Sax, sind weit von der Wirklichkeit entfernt. Frauen müssen lernen, die Wirtschaftsgläubigkeit zu hinterfragen und das pseudowissenschaftliche Gerede von Politikern und Experten nicht als Evangelium anzusehen.

■ Die feministisch-theologische Sicht

Die Theologin Sabine Kutzelmann, Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe «Ethik im Feminismus», tippte in ihrem Referat die Fragen an, was wozu diene, was nütze und was schade. Aus der Sicht christlicher Ethik sei weder unter ökonomischen, ökologischen noch sozialen Aspekten das herrschende Wirtschaftsmodell zukunftsfähig. Entscheidendes Kriterium dürfe nicht der Markt sein, sondern das Wohlergehen des Menschen, in dessen Dienst sich die Wirtschaft zu stellen habe. Die feministischen Ökonomiedebatten zeigen auf, dass wir ein anderes, ein umfassenderes Verständnis von Wirtschaft brauchen, eines, das auch die unbezahlten Arbeiten einschliesst. Was üblicherweise als Wirtschaft definiert werde, die Geldwirtschaft, klammere wesentliche Wirtschaftsprozesse aus.

Nach der Sicht von Sabine Kutzelmann genügt es aber nicht, der Gratisarbeit von Frauen einen Geldwert beizumessen und sie in der nationalen Buchhaltung dem Bruttosozialprodukt zuzuschlagen. Eine veränderte Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männer sei damit noch nicht sichergestellt. Die gerechte Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen ist aber zentrales Kriterium für eine andere Ökonomie, in der die Frauen mit ihrem Wissen nicht ausgeschlossen sind.

■ Frauenanliegen als «Oldies»

Als weitere Referentin sprach die Wirtschaftsgeografin Irène Meier über das Verständnis von Volkswirtschaft, das eigentlich nicht die *Volks*wirtschaft, sondern nur einen Teil davon, nämlich die *Männer*wirtschaft, meine. Die Volkswirtschaft interessiere sich weder in der Theorie noch in der Praxis für die versorgenden, betreuenden, alltäglichen, unbezahlten, aber gesellschaftlich notwendigen Arbeiten. Diese Arbeiten würden für das Funktionieren stillschweigend vorausgesetzt. Die Volkswirtschaft erfasse von den Personengruppen insbesondere jene, die morgens in der Früh gestärkt und mit frisch gebügelten Kleidern das Haus verlassen, um es am Abend ausgepumpt wieder zu betreten und am nächsten Morgen in der Früh wieder... und so fort... Erst wenn die Volkswirtschaft nicht mehr nur die Gesamtheit der bezahlten Aktivitäten in einem Land bezeichne, verdiene sie ihren Namen wirklich.

Das «Ernährerkonzept» (der Mann verdient das Familieneinkommen) lässt sich nicht aufrecht erhalten. Als «Oldies» bezeichnet Irène Meier die Forderungen, die noch immer nicht erfüllt sind, wie zum

■ «frau und familie»

Die vom Schweizerischen Katholischen Frauenbund (SKF) herausgegebene Zeitschrift «frau + familie aktuell» heisst seit ihrer Juni-Nummer «frau und familie».[1] Zudem kommt die Zeitschrift insgesamt moderner, bunter und – wie die Redaktion betont – weiblicher daher. Weg vom engen Seitenlayout, hin zu mehr Raum und besserer Lesefreundlichkeit – so lautete der Auftrag an die Gestalterin. Mit einer neuen Schrift, mehr Weissraum und einem durchgehend vierfarbigen Druck wird dem nun Rechnung getragen. Inhaltlich ist «frau und familie» nach wie vor die Zeitschrift für wache Frauen, wie die Chefredaktorin Bernadette Kurmann erklärt, für Frauen, die sich gerne engagieren und amüsieren. Die Stärken der Frauen will sie inskünftig noch besser zum Tragen bringen: Die Rubrik «Antiprominenz» wird die Leistungen von Frauen thematisieren, die sonst unsichtbar im Hintergrund bleiben. Durch die Rubrik «Die gute Idee» werden die vielen kreativen Ideen der Frauen noch näher an die Leserschaft herangebracht.

Mitgeteilt

[1] Weitere Auskünfte beim Abo-Dienst «frau und familie», Telefon 041-318 34 75.

Beispiel die Mutterschaftsversicherung, die Möglichkeit für beide Geschlechter, Familie und Berufsarbeit zu vereinen, die Beseitigung von Diskriminierungen. Tatsächliche Veränderungen sollten radikaler formuliert werden, zum Beispiel: Die Männer arbeiten zehn Prozent mehr (Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit), verdienen aber einen Drittel weniger. Die Frauen arbeiten zehn Prozent weniger, verdienen aber etwa das Doppelte. Weiter fordert Irène Meier für die Frauen die gleichen Chancen, Familien- und Berufsarbeit zu kombinieren. Die Männer hätten so weniger Macht in der Familie, auf dem Arbeitsmarkt, in der Politik. Es scheint ihr nicht verwunderlich, dass eine Volkswirtschaft, die diesen Namen wirklich verdient, so schwierig zu erreichen ist.

Auch wenn es alte Anliegen sind, die noch immer einer Verwirklichung harren, so lasse sich die Gleichberechtigung nicht mehr stoppen, gab Regierungsrätin Elisabeth Gander-Hofer zu bedenken. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit schaffe viele Ängste und Unsicherheiten. Die Situation mache aber auch bewusst, dass an den Frauen nicht gespart werden dürfe. Eine gute Ausbildung sei eine wichtige Investition. Häufig sind Erwerbslosenprogramme auf Männer zugeschnitten.

■ Zukunftsaussichten

In den Referaten an der Jahresversammlung des SKF kamen kaum gegensätzliche Stimmen auf. Alle sind sich einig, dass die Wirtschaft von Frauen mitbestimmt werden muss, dass Frauen nur dann eine Chance haben, mit ihren Anliegen zum Ziel zu kommen, wenn sie selbst in diesen Wissenschaften mitreden.

Ein Beispiel, wo dieses Mitredens und Mitdenken vielleicht einem Umdenken Vorschub leistet, kam in den Referaten von Anna Sax und Sabine Kutzelmann zur Sprache: Beide zweifeln am Nutzen einer einseitigen Investition in die Bauwirtschaft. Einmal mehr werde ein Wirtschaftszweig gefördert, der vor allem Männern zugute komme. Warum nicht im Dienstleistungsbereich, in der Kinderbetreuung investieren? Die Liste kann verlängert werden. Warum zum Beispiel nicht vermehrt im Bereiche des Gesundheitswesens, Schule, Erziehung, Mediation usw. investieren. Die momentanen Sparübungen scheinen zwar das Gemeinwesen auf der einen Seite zu entlasten, auf der anderen Seite die sozialen Kosten (Arbeitslosigkeit, psychosoziale Betreuung, Probleme, die die Perspektivelosigkeit junger Erwachsener nach sich ziehen) in die Höhe zu treiben. In diesen Arbeitsbereichen könnten vermehrt Frauen-Arbeitsplätze gesichert werden, die schliesslich für die Wohlfahrt und die Volkswirtschaft von ebenso grosser Bedeutung sind wie die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Bausektor und der Rüstungsindustrie. Die Jahresversammlung des SKF gab verschiedentlich Anregungen, in dieser Richtung weiterzudenken und zu handeln.

■ Abschied und Neubeginn

An der vorangehenden Delegiertenversammlung des SKF wurden die beiden Vizepräsidentinnen Hanna Furtwängler-Strub und Marlies Müller-Egger mit grossem Applaus verabschiedet. Hanna Furtwängler wurde 1985 in den Zentralvorstand des SKF gewählt. Sie leitete jeweils mit grosser Umsicht die Studienteile nach der Delegiertenversammlung. Es gelang ihr immer wieder, kompetente Referentinnen zu finden. Sie suchte die Verbindungen zu verschiedensten Organisationen, zu Feministinnen, zu bürgerlichen Frauen, zu Kirchen und Organisationen anderer Religionen. Ein Schlüsselerlebnis war für sie die Teilnahme als Delegierte an der Basler Pfingstversammlung 1989. Sie hat die Impulse weitergetragen, zum Beispiel in der Friedenskampagne. Dialog war für sie nicht einfach ein nettes Hobby, sondern sollte sich im Frauenalltag bewähren. Marlies Müller wurde 1989 Präsidentin der Frauen- und Müttergemeinschaft und damit Mitglied des SKF-Zentralvorstandes. Sie vertrat nicht nur den «anderen» Verband, sondern gehörte zu den Initiantinnen der Fusion, die schliesslich 1994 zustande kam. Die Zentralpräsidentin Rösy Blöchliger-Scherer wurde für eine weitere Amtsdauer bestätigt. Neu gewählt wurden als Vizepräsidentin Verena Bürgi-Burri und als Zentralkassierin Trudy Odermatt-Spichtig. Ferner werden die Leiterinnen der Fachgruppe Kirche, Karin Klemm, und der Fachgruppe Gesellschaft, Margrit Schnyder-Schelbert, Einsitz in den Zentralvorstand nehmen.

«Lebendig, aufgeschlossen, zukunftsgerichtet», so möchte der SKF in seinem 85. Altersjahr auftreten. Die rund 360 Teilnehmerinnen an der Jahresversammlung waren Bild dieser Lebendigkeit: Frauen jeden Alters kamen zusammen als Delegierte des Dachverbandes mit rund 250 000 Mitgliedern. Dass der SKF lebendig und zukunftsgerichtet arbeitet, beweisen sowohl die unzähligen Frauen, die an verschiedensten Orten für den SKF tätig sind und diesen in meist ehrenamtlichen Arbeit stützen. *Elisabeth Aeberli*

Elisabeth Aeberli ist Redaktorin beim Wendekreis, Immensee

Während der diesjährigen Ferienzeit erscheint die Schweizerische Kirchenzeitung wie gewohnt viermal als Doppelnummer; nach der heutigen Ausgabe noch am 14. August (Nr. 33–34); dementsprechend entfallen noch die Ausgaben 7. und 21. August.

Theologie

Pfarrer, Prediger und Prophet – Jeremias Gotthelf als Theologe

Er soll unter einem Sprachfehler gelitten haben. Und doch ist er Pfarrer geworden: Albert Bitzius, in die Literatur- und Kirchengeschichte unter dem Decknamen «Jeremias Gotthelf» eingegangen. Offenbar hatte Bitzius Sprechschwierigkeiten. Aber es gab auch innere Kämpfe. So schrieb er am 16. Dezember 1838 in einem berühmt gewordenen Brief an den Verwandten, Juristen und literarischen Mentor Carl Bitzius: «Als Pfarrer überhaupt musste ich das allgemeine Misstrauen gegen diesen Stand mittragen. So wurde ich von allen Seiten gelähmt, niedergehalten, ich konnte nirgends ein freies Tun sprudeln lassen. Konnte mich nicht einmal ordentlich ausreiten, hätte ich alle zwei Tage einen Ritt tun können, ich hätte nie geschrieben. Begreife nun, dass ein wildes Leben in mir wogte, von dem niemand Ahnung hatte... Dieses Leben musste sich entweder aufzehren oder losbrechen auf irgendeine Weise.»

■ Theologie

Bereits als Student tat sich Gotthelf schwer mit der Theologie. Eine Stellvertretung an der Elementarschule des Gymnasiums war für ihn im Oktober 1818 eine willkommene Abwechslung: «Ich wäre froh, die Stelle zu übernehmen, um aus dem verfluchten Schlamm der Theologie zu entkommen.» Stramme Orthodoxie auf der einen und frömmelnde Enge auf der

anderen Seite bildeten damals das theologische Umfeld für den jungen Studenten, der nicht weniger als 17 Geistliche zu seinen Vorfahren zählte. Von beiden Richtungen hat sich Gotthelf stets abgegrenzt.

Nachdem er bereits vor seinem Aufenthalt in Göttingen ab Juli 1820 bei seinem Vater als Vikar in Utzenstorf tätig gewesen war, blieb er zwei weitere Jahre bis zum Tod seines Vaters in dieser Gemeinde und vertrat dort oft den Schulmeister. «Papa hat mich ganz nach meinem Gutdünken schwimmen lassen.» Gotthelf suchte seinen Weg in einer Zeit, die von unterschiedlichen politischen und religiösen Wirkungskräften geprägt war: «Mir fehlt es nicht an der bernischen Selbständigkeit, die vor Autoritäten nicht unbegrenzten Respekt hat.» Aber es war nicht etwa die Politik, die ihn zum Schriftsteller gemacht hat, sondern die Religion.

■ Religiöse Strömungen

Gebären und Sterben, Hunger und Krieg, Unwetter und Missernten – das Erleben der Mehrzahl seiner Gemeindeglieder hatte in dieser Zeit unmittelbare Folgen für die religiösen Vorstellungen dieser Menschen. «Die Massen sind nie imstande gewesen, die höhere vergeistigte Religiosität in sich aufzunehmen. Die primitive Religion fordert ihre Rechte und nimmt sie sich, indem sie die höheren Glaubensvorstellungen umdeutet und auf ihr Niveau herabzieht oder indem sie sich dem Aberglauben ergibt» (K. Guggisberg). In seiner Tätigkeit als Seelsorger muss Gotthelf dieser religiösen Grundbefindlichkeit auf Schritt und Tritt begegnet sein.

Gotthelf unterschied zwei Arten von *Aberglauben,* eine extreme und eine moderate Form. Alle Varianten von Magie wie Zauberei, Zeichendeuterei, Hexenglaube, Namenmagie, Nottaufe und Quacksalberei wurden von ihm verworfen, weil sie die Einzigkeit Gottes in Frage stellen. Gotthelf war mit den Erkenntnissen der Religionsgeschichte innerhalb des Alten Testamentes nicht vertraut, wo durchaus Teile der oben erwähnten Phänomene vorkommen. Deshalb konnte er unbesehen wie andere die Bibel zum klaren Kriterium der (Ent-)Scheidung dafür machen, wo der Aberglaube in seiner extremen Form zu orten ist: «... und was in der Bibel steht, ist ja nicht Aberglaube, sondern eben das, was man glauben soll», sagt die Frau Pfarrerin im «Schuldenbauer». Der moderate, höhere Aberglaube wurde von Gotthelf im Blick auf Kirchen- und Bibelkritik radikaler Zeitgenossen in dem Sinn «verteidigt», als er ihn für seine eigenen glaubensmässigen Erkenntnisse umdeutete. So wird die Angst Mädelis im «Schulmeister», Peter Käser sei ihm beim Jawort der Trauung in der Kirche körperlich nicht nahe genug, weil sonst «der Teufel zwischen uns kommen könne», dahingehend interpretiert, dass jede Ehe dem Zerwürfnis ausgesetzt sei. Gotthelf hat nicht dem Aberglauben auch in seiner moderaten Form gefrönt, als Pfarrer hat Gotthelf jedoch stets Rücksicht auf den Volksglauben genommen.

«Das Gebiet der Religion ist nicht Intelligenz, sondern das Gemüt. Die Religion hängt nicht vom Wissen ab, sondern von der Richtung des Menschen.» Diese Äusserung Gotthelfs zeigt, dass es durchaus Gemeinsamkeiten zwischen dem *Pietismus* und ihm gegeben hat. Schon als Student nahm Gotthelf allerdings gegenüber der Frömmelei eine betonte Abwehrhaltung ein, «wenn sie nicht alles ergreifen soll, besonders jetzt, da beinahe alle Geistlichen der Stadt auf ihre Seite sich hängen». War die religiöse Erweckung Schwärmertum innerhalb der Kirche, wurde sie von Gotthelf noch einigermassen geduldet. So gesteht Gotthelf dem Vikar im «Annebäbi Jowäger» wenigstens Ehrlichkeit und subjektive Frömmigkeit zu. In Harnisch geriet der Pfarrer von Lützelflüh allerdings dort, wo ein separatistischer, fanatisch-sturer Geist Menschen für ihre Sache zu gewinnen suchte: «Wieviele Jesuiten haben wir wohl nicht in protestantisch-pietistischem Gewand!»

Der junge Gotthelf ging auf Distanz zu den *Katholiken,* «die auch aus den Armen dieser Welt ihre Proselyten machen unter Versprechen von mancherlei Hülfe, die aber zum grössten Teil ausbleibt». Auf der anderen Seite lobte er die katholische Volksfrömmigkeit, beispielsweise die Prozessionen, «die nichts sind als eine öffentliche Demütigung vor dem Allmächtigen, als ein tatsächliches Bekenntnis, dass wir nichts sind ohne ihn...» Das Verhältnis von Gotthelf zum Katholizismus änderte sich im Laufe der Zeit und ist mitbestimmt von den politischen Verhältnissen. Der Jesuitenhass der Radikalen betrachtete er im Lichte aller Bestrebungen, die die Religion vom Leben loslösen wollten. Da wurde der Katholizismus, der das Volksleben in Verbindung mit der Kirche bringen wollte, für Gotthelf zum Kampf- und Bundesgenossen um die Bewahrung des christlichen Erbes.

Mit der *liberalen Theologie* teilte Gotthelf wichtige theologische Aussagen:

– Die Offenbarung Gottes ist nicht nur an das biblische Zeugnis gebunden. Als Offenbarungsquelle steht für ihn neben der Bibel die Natur: «Und wenn der Herr jetzt redet im Frühlingswehen, im grünen Grase, das dem Schlamm entspriesst, in den Blüten der Bäume auf dem Schuttfelde, so ruft er auf zu fromem Mut, zu heiterer Hoffnung... So, ihr Emmentaler, predigt euch der Herr mit selbsteigenem Munde. Tut nun eure Ohren auf und hört des Herrn Predigt, erkennt sein gütig Leiten, die Wunder seiner Allmacht...»

– Christus trat nach Gotthelf nicht als einmalige Offenbarung in die Welt, um diese einmal und für immer zu erlösen. Christus ist der Bringer von Freiheit und Wahrheit, als Religionsstifter der Begründer einer neuen Sittlichkeit. Er ist Vorbild einer geistigen Liebe. Gotthelf zweifelte nicht am Geschehen von Karfreitag und Ostern. Doch auch hier kommt das Vorbild vor dem Opfergedanken zur Geltung: Christi Tod ist ein Beispiel des Gehorsams, der Einstellung zu Schmerz und Leid: «In ihm (Christus) wurde uns die Kraft der Ergebung klar, die alles tut und doch nichts fordert, die sich in das Göttliche trägt und doch nicht in gebrechliche, vergängliche Formen es niederlegt, sondern in des Menschen Brust, wo aber der Same Tausende von Jahren braucht, bis er aufgeht in seiner Fülle.»

– Gotthelf dachte theozentrisch, nicht christozentrisch. Christus tritt in seinem Werk stark zurück und der Heilige Geist «fällt vollends aus der Gotteslehre heraus» (K. Guggisberg). Seine Bauern machen sich nicht gross Gedanken zur Trinität, im Gegenteil: Gotthelf betont das Schöpferwirken des in sich ruhenden Gottes, der über dem unruhigen Zeitgeist steht und trotzdem der Lebendige bleibt in einer Schöpferkraft, «durch welche er Tausende von Welten leichter hervorbringt, als ein Weber sein Schifflein schwingt, und Sonnensysteme schneller ordnet als ein Gärtner seine Blumenbeete».

– Taufe und Abendmahl hat Gotthelf als zeichenhafte Äusserungen des persönlichen Glaubens verstanden. In der Taufe wird die Ernsthaftigkeit dieses Sakramentes betont: «Die Eltern heiligen ein Pfand der Gnade Gottes und drücken damit öffentlich das Bewusstsein aus, dass sie es von Gott empfangen, und dass es einst aus ihrer Hand wieder gefordert werde.» In seinen Abendmahlspredigten legte Gotthelf immer wieder den Finger auf den Umstand, es könnte die letzte sein, um so mehr sei es an der Zeit, sich im oben beschriebenen Sinn zu bekehren: «Geniesse mit den Deinen jedes Abendmahl, als ob es euer letztes wäre.»

■ Der Pfarrer

Am 9. März 1832 stand die Wahl Albert Bitzius' zum Pfarrer von Lützelflüh an. Er schrieb an seinen Freund Burkhalter im Sommer desselben Jahres folgende Ein-

drücke: «Ich habe eine des Zaums entwöhnte Gemeinde und ein Haus, das aller Besorgung entbehrt hatte. Die Führer der Gemeinde hätten lieber keinen Pfarrer als einen... und endlich die Regierung am liebsten einen Pfarrer, der wie ein Schneck sein Haus mit auf die Welt gebracht und ohne Reparatur lebenslang auf dem Rücken trüge. Das alles knipet, dreyt, sperzt, klönt, brummt, berzet, räsonniert und schlägt auf so wunderlich durcheinander, dass ich am Ende lachen musste und nun beim Lachen bleiben will. Wo ich muss, will ich in allem Lachen ein Mann sein, damit einer nach dem andern erfahre, ich sei kein Türlistock, nur da, damit jeder Hund an denselben pisse...»

Gotthelf hat sein Amt ernst genommen. Dabei kannte er aus eigenem Erleben heraus die Anwürfe gegen die Angehörige des Pfarrerstandes, die man als «Himmelsträppeler», «Gottesträppeler», «Schwarzröcke» oder «schwarze Hagle» titulierte oder sie «nach den Heustüffeln, als die dümmsten Kreaturen auf Erden» bezeichnete. Auch traf er auf die unterschiedlichsten Haltungen gegenüber seinem Amt als Pfarrer: «Ein dunkler Instinkt mahnt die Leute von mir ab, sie wollen einen guten Pfarrer, das heisst einen, der auf der Kanzel wie ein Engel schreit, daneben aber stumm bleibt wie ein Fisch.» Da wurde die Klage laut: «Wir sind es vor allem aus, welche den Buckel darhalten müssen. Mich nimmt nur wunder, warum man uns noch nicht zur Last gelegt, dass Eva in den Apfel gebissen.»

Die politischen Geschehnisse warfen natürlich ihre Schatten auf die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Dem Staatskirchentum mit all seinen Privilegien, dem Formelglauben und den absolut gesetzten Lehren und Grundsätzen wurde Abschied gegeben. Dass das Pendel auf die Gegenseite ausschlug, lag in der Natur der Sache. Die Pfarrer, nunmehr keine staatskirchlichen Autoritäten mehr, waren Ursache von demonstrativem Spott. Es war eine Zeit des Ringens zwischen altem und neuem Geist. Kirchliche Interessen hatten sich den staatlichen Vorstellungen unterzuordnen. Albert Bitzius hat die reformerischen Bemühungen von 1831 im Kanton Bern unterstützt. Er, der die freiheitlichen Bestrebungen in seinen jungen Jahren stets begrüsst hatte, wollte sie jedoch immer vom christlichen Glauben her bestimmt wissen: «So ist Freiheit da, wo der Geist Gottes ist, aber da, wo er nicht ist, da ist keine Freiheit, und wenn alle Welt von Freiheitsgeschrei erfüllt wäre und wenn wirklich die grösste bürgerliche Freiheit gegründet wäre, so besteht sie nicht, wo die Freiheit fehlet, die vom Geiste Gottes kommt...» Als sich der Radikalismus dem schrankenlosen Niederreisen hingab, und Gotthelf die Christlichkeit und Sittlichkeit des Volkes bedroht sah, war er durch den Zeitgeist als Pfarrer herausgefordert: «In diesem Streite um eine äussere Freiheit verlieren wir unsere innere desto mehr, weil eine ungezähmte Heftigkeit uns ergreift...»

Albert Bitzius nahm sein Amt als Pfarrer nicht auf die leichte Schulter. Die Weitläufigkeit mit den Streusiedlungen und Einzelhöfen dieser dreitausend Seelen zählenden Lützelflüher Gemeinde machte ihm zuweilen zu schaffen: «Es ist wahrscheinlich keine Gemeinde im Kanton, deren geographische Lage dem Seelsorger die Beurteilung ihres sittlich-religiösen Zustandes so schwer macht, als diese.» Für Bitzius hatte das Pfarramt durchaus seine praktische Seite, der er seine volle Aufmerksamkeit widmete: der Garten mit seinen geliebten Dahlien, die Obstbäume (er soll gegen hundert Stück auf dem Pfrundland gesetzt haben), die Haushaltung: «Gegenwärtig bin ich mit dem Abbrechen des Hühnerhofes beschäftigt... Das verdammte Nägelausziehen ist eine harte Arbeit, und doch muss es jetzt wieder sein.»

Gotthelf, der an der Hochschule einen Lehrstuhl für die Exegese des Lebens vermisst hat, arbeitete auf dieses Tätig-Sein auch in seiner Stellung als Seelsorger, der den Willen Gottes seiner Gemeinde verkündigen will. Die in seinen Werken zutage tretende Menschenkenntnis ist erstaunlich. Sie lässt den Schluss zu, dass Bitzius in seiner pfarramtlichen Tätigkeit mit Gewissenhaftigkeit den Lebensfragen seiner Gemeindeglieder als Hörender, Schweigender und Redender gegenübergetreten ist: «Dabei lernte ich hören, was selten Herren können... Man muss Gespräche einleiten können, im Gang erhalten, unbemerkt einhelfen, nie merken lassen, dass man besondere Bedeutung auf etwas lege etc., kurz, man muss weder durch Mienen, Blicke oder Worte das bäurische Misstrauen erregen – dann vernimmt man etwas und kömmt doch täglich zu neuen Dingen.» Viele Kontakte zur Bevölkerung ergaben sich für Gotthelf als kantonalen Schulkommissär und als Förderer der Armenerziehungsanstalt auf der Schlossdomäne Trachselwald.

■ Der Prediger

Albert Bitzius war bernischer Pfarrer. Als solcher stand er zeitlebens im Dienste der Wortverkündigung. Gotthelf hat sich sein ganzes Leben lang auf der Kanzel nie vertreten lassen. Über die wöchentliche Vorbereitung der sonntäglichen Rede schreibt er: «Heute ist der Pfarrer Tag (Samstag); morgen will den Pfarrer die Gemeinde, nicht als Heiland freilich, doch als Leiter zu ihm, und die Leiter muss heblich sein und lückenlos sich darstellen, wenn jemand sich ihr anvertrauen soll.» Der Predigtbesuch war eher mager. Wenn die Regierung die Ursache für den im Berner Lande schlechten Gottesdienstbesuch in den langen und oft abgelesenen Predigten sah, so machte sich Bitzius grundsätzlichere Gedanken. Was war der Grund seiner Feststellung, dass die Kirche von jenen am meisten aufgesucht würde, «welche die Erde bauen»? Seine Antwort lautet: «Wie sie pünktlich den Zehnten zahlen, so machen sie dem lieben Gott des Sonntags auch fleissig ihre Visite, damit er den Regen nicht spare und die Sonne nicht, jedes zu seiner Zeit.» Mit Sorge beobachtete Gotthelf, dass neben den Industriellen und Handwerkern immer mehr auch die Armen der Kirche fernblieben. Vor allem waren es jene Gemeindeglieder, die sich über die sogenannte «Halbschoppenbildung» auszeichneten, die sich dem Kirchgang entzogen, die «an der Krippe der Hochschule gestanden sind, ohne dass sie sich an den Elementarwissenschaften die Milchzähne ausgebissen, solche, welche in einer Sekundarschule zu einer ‹sekundären› Bildung gekommen».

Es gibt nur wenige Urteile über Gotthelfs Art, Predigten zu halten. Da sein Vater ihm das Ablesen der Predigten von Anfang abgewöhnt hatte, predigte Gotthelf frei. Wenn er später kaum noch Predigten aufgeschrieben hatte oder alte Predigten noch einmal verwendete, so konnte dies nicht folgenlos bleiben. So schrieb Johann Jakob Reithard, ein Journalist und Schriftsteller, der sich für die Verbreitung der ersten Werke Gotthelfs eingesetzt hatte, über Gotthelfs Predigten: «Seine Predigtvorträge machten wenig Glück. Er extemporierte meistens, und zwar zuweilen unfliessend, anstossend, weil seine Zunge seiner geistigen Fülle oft nicht mächtig wurde.»

Gotthelf war ein strenger Prediger, ein prophetischer Mahner, ein Rufer in der Wüste, Ankläger und Tröster zugleich, der die prophetische Gerichtsverkündigung ebenso aufgenommen hat wie die Frohbotschaft des Evangeliums.

■ Der Prophet

Das Bernervolk war ein bedächtig Volk. Wen wundert's, dass es die Gegensätze von reich und arm als fest in Gottes Ordnung verankert sah, die es anzunehmen und nicht zu bekämpfen galt? Gotthelf dachte auf den ersten Blick nicht anders. Käthi die Grossmutter wurde arm

geboren und wird arm sterben. Das Entscheidende war für Gotthelf, dass die Menschen mit ihrem Los zufrieden sind und nicht verbittert werden. Auffällig viele arme Leute treten so in Gotthelfs Werk auf. Machte sich Gotthelf gar für den Industrialismus und Kapitalismus stark? Nein, die künstlerische Schöpferkraft und die ethisch-religiöse Verpflichtung dem Mitmenschen gegenüber verbindet sich in seinem Werk zu einer unauflösbaren Einheit. «Es ist nicht ein Naturerlebnis, das ihn zum Dichter gemacht hat, sondern die menschliche Not, die er mit heissem Herzen erfährt» (K. Guggisberg). Gotthelf, dem als Dorfpfarrer die Not entgegentrat in den Verdingkindern und Dienstboten, in Naturgewalten, in der Schul-, Ehe- und Familiennot, in den körperlichen und seelischen Leiden, schritt zu Klage und Anklage, den alttestamentlichen Propheten ähnlich. Nichts Menschliches scheint dem Pfarrer von Lützelflüh fremd geblieben zu sein.

Man kann sich vorstellen, wie auch das Pfarrhaus von Leuten aufgesucht wurde, die man heute unter die «Randständigen» zählen würde. Und im Visitationsbericht für das Jahr 1847 wird besonders erwähnt, «wie wohltätig sich auch dieses Jahr die Pfarr-Familie gegen die Armen erzeigte». Liebe und Treue im kleinen sind äussere Zeichen einer inneren barmherzigen Haltung. Fragwürdiger erscheint uns aus heutiger Sicht das Anprangern der Missgunst der Armen den Reichen gegenüber. In seiner inneren gefestigten Haltung konnte er sogar gegen die Armen polemisieren, indem er meinte, dass «besonders die arme Klasse es ist, welche nicht nur von der Kirche, sondern auch von Gott sich wendet. Diese Klasse gibt sich immer mehr einem kommunistischen Treiben hin, von welchem ich schreckenerregende Tatsachen erzählen könnte.»

Aber genau hier lag ja das Problem der Verarmten, dass ihnen die Vertröstungen der Kirche auf ein besseres Jenseits als «Opium für das Volk» vorkamen. Die innere Umwandlung war Gotthelf wichtiger als der Kampf gegen die äusseren Verhältnisse. «Die Kraft der Ergebung» galt für Gotthelf als die höchste Tugend des Menschen. Diese ist aber nicht per se im Menschsein begründet, sondern bedarf des ewigen, zeitlosen Beispiels Christi. «Also nur der kommt sicher ans Ziel und stehet fest, der an Christus sich aufschwingt; aber auch nur der Mensch ist ein fester und sicherer Leiter für andere, der zu Christus führt, von dem aus sie Christus finden, von dem aus sie treten können mit eigenen Füssen auf die wahre Himmelsleiter.» Hatte er in seinem jugendlichen Bildungsoptimismus noch geglaubt, die durch die Vernunft geleiteten menschlichen Bemühungen würden schliesslich gegen die Unvernunft obsiegen, so ist sein Fortschrittsglaube in den reiferen Jahren stark gedämpft worden. Gotthelfs Denken war eigentlich nie von dem Glauben an das Gute im Menschen bestimmt. Ganz im Gegenteil. Das Böse, das Diabolische, das Unberechenbare ist mächtiger als der menschliche Wille. Doch letztlich bedarf der Mensch zur Überwindung seiner Not des göttlichen Beistandes, wie er ihm in Christus (vor-)bildhaft entgegenkommt. Im wirklichen Leben war Gotthelf sicher wohltätiger, als er es in Attacken gegen die Armen tat, von denen er einige in der Nähe eines zwielichtigen Schmarotzertums ansiedelte.

Der Versuch, Gotthelf irgendwo einer theologischen Richtung zuzuordnen und dort zu fixieren, wird kläglich scheitern. Seine Persönlichkeit ist zu komplex. Und trotzdem ergeben sich mannigfache Berührungspunkte: Gotthelf ist dem Idealismus verwandt, er hat Züge des Romantikers, der Liberalismus bestimmte sein Denken. Er vertritt pietistische Ansichten, aber geht zum weltfeindlichen Element des Pietismus klar auf Distanz. Er ist Biblizist, ohne buchstabengläubig zu sein. Gotthelf ist der Bewahrer von Bewährtem, ohne sich dem Neuen zu verschliessen. Vielleicht ist es das Zeitlose, das uns in seinen Bann zieht.[1] *Stephan Bieri*

Stephan Bieri ist Pfarrer in Lützelflüh

[1] Literatur:
Karl Fehr, Jeremias Gotthelf, 1954; ders., Jeremias Gotthelf, Poet und Prophet, Erzähler und Erzieher, 1986;
Führer zu Gotthelf und Gotthelfstätten, 1954;
Gotthelf-Kalender für das Jahr 1955;
Kurt Guggisberg, Jeremias Gotthelf, Christentum und Leben, 1939;
Rudolf Hunziker, Jeremias Gotthelf, 1927;
Werner Juker, Leben und Persönlichkeit Jeremias Gotthelfs, 1969;
Carl Manuel, Jeremias Gotthelf, Sein Leben und seine Schriften, 1922;
Walter Muschg, Jeremias Gotthelf, Eine Einführung in seine Werke, 1954; ders., Gotthelf, Die Geheimnisse des Erzählers, 1931.

Hinweise

Katholischer Glaubenskurs (KGK) – wo auch in der Kirche die Rezession spürbar ist

Seit 1991 schon spricht man von einer allgemeinen Rezession. Dass diese wirtschaftliche Klimaveränderung sich auch bald einmal auf die Kirchen auswirken könnte, daran hat man wohl anfangs noch wenig gedacht. Im Gegenteil – wie heisst es doch immer: «Wenn es den Leuten wirtschaftlich schlechter geht, dann beschäftigen sie sich naturgemäss wieder mehr mit Religion und Kirche!». Solcher Optimismus liess erwarten, dass das allgemeine Interesse an Religion und Kirche wenigstens nicht nachlassen, möglicherweise aber sogar zunehmen könnte. So haben auch die Anbieter religiöser Erwachsenenbildung in Bildungshäusern und Bildungswerken zu hoffen gewagt. Rezession als Aufwind für den Glauben! Bis jetzt sind allerdings die Anzeichen dafür bescheiden geblieben, dass durch die Rezession verunsicherte oder auch ernüchterte Menschen wieder vermehrt Zeit (und sogar Geld) für das Kirchliche und Religiöse investieren möchten. Ganz deutlich zugelegt hat hingegen allgemein das Interesse an Berufsweiterbildung und Wirtschaftskunde.

■ Kirche und Betriebswirtschaft

Die Rezession ist eine volkswirtschaftliche Entwicklung, welche betriebswirtschaftliche Konsequenzen fordert. Und das trifft neuerdings ja nicht mehr nur Betriebe der Privatwirtschaft, sondern immer mehr auch der öffentlichen Dienste: Verwaltung, Gesundheitswesen, Sozialwesen, Schulwesen. Man denke an die Konzepte des New public management, welche für öffentliche Dienstleistungen ebenfalls klaren Leistungs- und Ertragsnachweis verlangen. Diese Entwicklung geht nicht an der Kirche vorbei. Mehr und mehr müssen auch in kirchlichen Diensten, Behörden und Pfarrämtern die harten Fragen und Dilemmas um «Betriebswirtschaftlichkeit» besprochen und entschieden werden. In halbprivaten kirchlichen Organisationen ist dies schon länger eine ständige und bedrängende Herausforderung. Das gilt zum Beispiel für die Interdiözesane Vereinigung Theologie für Laien in Zürich, welche seit über 40 Jahren den Theologiekurs für Laien (TKL) und den Katholischen Glaubenskurs (KGK) organisiert – mit ei-

nem Subventionsanteil von weniger als 15%!

■ **Der KGK – ideell ertragreich**

Seit 36 Jahren gibt es den KGK als zweijähriges Kursangebot an wechselnden Kursorten in der Deutschschweiz. Während 6 Trimestern (ca. 60 Abende) bietet der Kurs Erwachsenen aller Altersgruppen die Gelegenheit, ihr Glaubensverständnis um Bibel, Theologie und Kirche systematisch zu vertiefen. Der Kurs wird zu einem grossen Anteil von Frauen besucht, und sehr viele Absolventinnen haben sich in der Folge zu Katechetinnen weiterbilden lassen. Zahlreich sind aber auch jene Kursabgänger und -abgängerinnen, welche sich in den Pfarreien ehrenamtlich engagieren – zum Beispiel im Lektorendienst, als Kommunionhelfer und -helferinnen, in Liturgie- und Ökumenegruppen, in Verbänden, Frauen- und Müttervereinen, in der Elternbildung und Betagtenarbeit, in Pfarreiräten und Kirchenpflegen. Neben solchem Gemeinnutzen steht selbstverständlich der ganz persönliche Gewinn. Es wird am Ende dieser Kurse meistens grosse Befriedigung geäussert über die gelungene Gemeinschaftlichkeit in den Kursgruppen, die vielfältigen Anregungen für Kopf und Herz sowie die praktischen Impulse für den Lebensalltag in Familie, Beruf und Pfarrei.

■ **Der KGK – wirtschaftlich rezessionsbedrängt**

Die Kurskosten für die zweijährige intensive Weiterbildung betragen 1370 Franken. Das sind über zwei Jahre hinweg monatlich 55 Franken. Verglichen mit anderen Kursen ist dies ein bescheidener Kostenaufwand. Aber darauf allein kommt es nicht an. Vielmehr ist festzustellen, dass heute in jene Weiterbildung am meisten investiert wird, welche einen unmittelbaren (auch materiellen) Nutzen in Aussicht stellt: bessere Erwerbsmöglichkeiten, leichteren Berufseinstieg, -umstieg oder Stellenwechsel. Solches kann der Katholische Glaubenskurs nicht versprechen. Das hat nun auch Folgen. In den Jahren der Hochkonjunktur 1980–1991 besuchten jährlich etwa 630 Personen den Katholischen Glaubenskurs – pro Kursort durchschnittlich 22 Teilnehmer/-innen. Seit 1991 hat die Nachfrage deutlich abgenommen, und beim Kursbeginn im vergangenen Herbst 1996 waren noch 430 Teilnehmende eingeschrieben – pro Kurs durchschnittlich etwa 16 Personen. Dass solche Veränderungen die «Betriebswirtschaft» dieses kirchlichen Kurswesens arg strapazieren, und dass neben Kosteneinsparungen auch intensive Werbeanstrengungen nötig sind, liegt auf der Hand. Die Teilnehmerschaft des KGK rekrutiert sich weniger aus sozial benachteiligten und einkommensschwachen Kreisen, sondern mehr aus dem Mittelstand, wo heute besonders gespart wird. – Ob das gerade auch bei der religiösen Bildung sein muss…?

■ **Werben Sie mit für den KGK!**

Eine kürzliche Umfrage bei jetzigen und ehemaligen KGK-Teilnehmer/-innen hat ergeben, dass die wenigsten innerhalb ihrer Pfarrei auf das Kursangebot aufmerksam gemacht wurden. Meistens haben sie es von Bekannten oder aus dem regionalen Pfarrblatt erfahren. Es sei deshalb ein herzhafter Appell gerichtet an alle Seelsorgerinnen und Seelsorger zur persönlichen Bekanntmachung und Empfehlung der neuen Glaubenskurse 1997/1999! Sie sind geplant für *Aarau, Bern, Breitenbach (SO), Chur, Ennetbaden, Erstfeld, Heerbrugg, Herisau, Jona (SG), Luzern, St. Antoni (FR), Seewen (SZ), Solothurn, Stans, Walenstadt, Wil (SG), Zürich* sowie als *Fernkurs.*

Für weitere Auskünfte, Prospektmaterial und Anmeldungen wende man sich an das Sekretariat KGK, Neptunstrasse 38, Postfach 1558, 8032 Zürich, Telefon 01-261 96 86, Fax 01-261 96 88.

Ernst Ghezzi

Amtlicher Teil

Alle Bistümer

■ **Bettags-Hirtenbrief 1997**

Die Schweizer Bischofskonferenz wird auch in diesem Jahr ein eigenes Hirtenschreiben zum Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettag veröffentlichen. Der Bettags-Hirtenbrief zum Thema: *«Leben unter offenem Himmel»* (Apg 7,55) wird spätestens in der 36. Woche (ab 1. September 1997) von den Bischöflichen Ordinariaten an die Seelsorger und Pfarrämter versandt. Der Hirtenbrief ist in den Gottesdiensten des Bettags-Sonntages (20./21. September 1997) zu verlesen.

Sektretariat der
Schweizer Bischofskonferenz

Bistum Basel

■ **Im Herrn verschieden**

Rudolf Habermacher,
emeritierter Pfarrer, Sursee

In Sursee starb am 14. Juli 1997 der emeritierte Pfarrer Rudolf Habermacher. Dort wurde er auch am 6. Dezember 1917

Autoren und Autorinnen dieser Nummer

Elisabeth Aeberli, Redaktorin Wendekreis, Postfach 62, 6405 Immensee

Stephan Bieri, Pfarrer, 3432 Lützelflüh

Dr. P. Leo Ettlin OSB, Benediktinerhospiz, 5630 Muri

Dr. Max Keller, Paulus-Akademie, Carl-Spitteler-Strasse 38, 8053 Zürich

Matthias Loretan, lic. phil. et theol., Katholischer Mediendienst, Bederstrasse 76, 8027 Zürich

P. Walter Ludin OFMCap, Postfach 129, 6000 Luzern 10

Schweizerische Kirchenzeitung

Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge
Amtliches Organ der Bistümer Basel, Chur, St. Gallen, Lausanne-Genf-Freiburg und Sitten

Hauptredaktor
Rolf Weibel, Dr. theol.
Postfach 4141, 6002 Luzern
Telefon 041-429 53 27, Telefax 041-429 53 21
E-Mail: raeberdruck@logon.ch

Mitredaktoren
Adrian Loretan, lic. theol., Dr. iur. can., Professor
Sälihalde 23, 6005 Luzern
Telefon 041-240 65 33
Urban Fink, lic. phil., Dr. theol. des.
Postfach 7231, 8023 Zürich
Telefon 01-262 55 07
Heinz Angehrn, Pfarrer
Kirchweg 3, 9030 Abtwil
Telefon 071-311 17 11

Verlag/Administration
Raeber Druck AG
Maihofstrasse 74, 6002 Luzern
Telefon 041-429 53 20, Telefax 041-429 53 21
E-Mail: raeberdruck@logon.ch

Abonnemente/Inserate
Telefon 041-429 53 86, Telefax 041-429 53 67
Postkonto 60-16201-4

Abonnementspreise
Jährlich Schweiz: Fr. 115.– zuzüglich MWST, Ausland Fr. 115.– zuzüglich MWST und Versandgebühren (Land/See- oder Luftpost);
Studentenabonnement Schweiz: Fr. 76.– zuzüglich MWST;
Einzelnummer: Fr. 3.– zuzüglich MWST und Porto.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Nicht angeforderte Besprechungsexemplare werden nicht zurückgesandt.

Redaktionsschluss und Schluss der Inseratenannahme: Montag, Arbeitsbeginn.

geboren. Am 29. Juni 1943 wurde er zum Priester geweiht. Stationen seines Wirkens waren: Flühli (Vikar 1943–1950, Pfarrer 1950–1958), Ruswil (Pfarrer 1958–1983) und Sursee nach dem Übertritt in den Ruhestand (seit 1983). Sein Grab befindet sich in Ruswil.

Bistum St. Gallen

■ **Berschis. Abschied von Pfarrer Josef Kaufmann**

Am 6. Juli hat sich Josef Kaufmann nach 14 Jahren als Pfarrer von Berschis und Tscherlach verabschiedet, um in Strassburg sein Studium in Kirchenrecht abzuschliessen. Der Pfarrer von Berschis hatte während 13 Jahren auch die Gemeinde Walenstadtberg und damit auch die Patienten der Rehabilitationsklinik seelsorgerlich betreut. Pfarradministrator ad interim ist Pfarrer Alois Fritschi, Walenstadt.

■ **«Die verschiedenen Formen der Kirchenmitgliedschaft» und «Von der Kraft der Rituale»**

Das Pastoralsoziologische Institut St. Gallen und die Arbeitsstelle Partnerschaft – Ehe – Familie St. Gallen veranstalten zusammen mit dem Pastoralamt St. Arbogast und der Österreichischen Gesellschaft für Pastoralpsychologie das St. Arbogaster Herbstsymposium am Freitag und Samstag, 24./25. Oktober 1997. An beiden Tagen wird nach zwei Impulsreferaten viel Zeit für das praktische Arbeiten und das Gespräch in Seminargruppen eingeräumt. Es ist möglich, nur an einem Tag teilzunehmen. Eingeladen sind alle Interessierten, besonders ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter/-innen in der Seelsorge.

«Die verschiedenen Formen der Kirchenmitgliedschaft» steht als Titel über dem Freitag. Ziel dieses Studientages ist es, die gesellschaftlichen und psychologischen Veränderungen wahrzunehmen und zu reflektieren, die bisherige pastorale Arbeit zu würdigen, aber auch Enttäuschungen und Frustrationen zuzulassen, vielleicht zu enge Kirchenbilder zu hinterfragen und loszulassen und sich zu öffnen für neue Perspektiven. Die Tagung soll auch Impulse geben für eine lebensgeschichtlich orientierte Seelsorge.

«Von der Kraft der Rituale» handelt der Samstag. An diesem Tag sollen Erfahrungen mit alltäglichen, persönlichen, familiären, sozialen und religiösen Ritualen bewusst, zugänglich und ausgetauscht sowie neue Formen angeregt und ansatzweise entwickelt werden. Die Wirkung, Struktur und Bedeutung von Ritualen sollen verständlich gemacht werden. Von alltäglichen Erfahrungen ausgehend sollen sich liturgische Rituale neu erschliessen, soll auch deutlich werden, warum sie oft leer erlebt werden, wie sie aber auch belebend wirken können.

Weitere Informationen und Anmeldung: Arbeitsstelle Partnerschaft – Ehe – Familie, St. Gallen, Telefon 071 - 223 68 66.

Bistum Lausanne, Genf und Freiburg

■ **Im Herrn verschieden**

Jacques Rey, Soral (GE)

Am 8. Dezember 1921 wurde er in Grand-Lancy geboren. Priesterweihe 1948. Vikar in Genf (Ste-Jeanne) 1948–1958. Pfarrer von Onex 1958–1978, hierauf von Soral 1978–1997. Gestorben in Soral am 23. Juli 1997.

Neue Bücher

Pfingstgnade

Kilian McDonnell, George T. Montague (Hrsg.), Die Flamme neu entfachen. Die Beziehung zwischen Taufe im Heiligen Geist und der Eingliederung in die Kirche. Übersetzung von Karl Fischer, Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach 1993, 42 Seiten.

Das Büchlein ist mit der wohlwollenden Empfehlung von zwei katholischen amerikanischen Bischöfen so etwas wie ein offizielles Dokument der charismatischen Erneuerungsbewegung. Es bietet eine Reflexion über die Pfingstgnade, die den Menschen besonders in den sogenannten Initiationssakramenten (Taufe, Firmung, Eucharistie) geschenkt wird. Das daraus strömende Leben im Geiste wird den heute vielfach geschwächten Zustand der katholischen Glaubensgemeinschaft neu beleben.

Leo Ettlin

Ein Jahreslesebuch

Anthony de Mello, Wo das Glück zu finden ist. Herausgegeben von Franz Johna. Jahreslesebuch, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1994, 400 S.

Anthony de Mello, aus dessen Schriften dieses Jahreslesebuch zusammengestellt ist, hat als spiritueller Schriftsteller seine unverkennbare Eigenart, die man als narrative Spiritualität bezeichnen könnte. De Mello erzählt hintergründige und tiefsinnige Anekdoten. Diese kurzen Szenen sind voll Humor und können auch provozierend treffen, eventuell auch beissen. Ihre Absicht ist, aufmerksam zu machen für Unterscheidungen, die im Leben wichtig sind: Freiheit oder Hörigkeit, Erleuchtung oder Verblendung, Egoismus oder Engagement für andere. Die kleinen, saftigen Tagesportionen sind hilfreich für die Hygiene der Seele: Sie reinigen, erfrischen und regen an.

Leo Ettlin

MIT DEM PLUS FÜR ALLE · A OGNUNO DI PIÙ · UN PLUS POUR CHACUN
MAX HAVELAAR

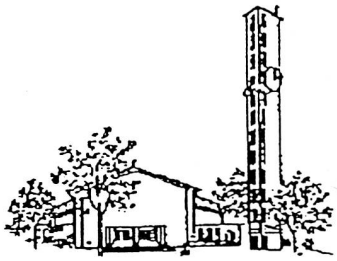
Unsere KURSE in KAPPEL
Ihre TAGE IM KLOSTER

Das neue Programmheft ist erschienen.

HAUS DER STILLE UND BESINNUNG
KAPPEL

01 258 91 50 Tel.
01 258 91 51 Fax

Evang.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich
Bildung und Gesellschaft, Kurse in Kappel
Hirschengraben 7, 8001 Zürich



Katholische Kirchgemeinde St. Felix und Regula
Hardstrasse 76
8004 Zürich

Für den Religionsunterricht der 1. und 2. Primarklassen suchen wir eine

Katechetin

in Teilzeitanstellung
(ca. 4–6 Wochenstunden).

Gerne gibt Ihnen unsere derzeitige Katechetin Priska von Dach, Telefon 01-493 35 10, oder unser Pfarreibeauftragter L. Meyer, Telefon 01-493 35 10 oder 079-405 88 90, weitere Auskünfte.

Bewerbungen sind erbeten an den Präsidenten der Kirchenpflege, Rudolf Beeler, Hardstrasse 61, 8004 Zürich, Tel. 01-493 31 71

Röm.-kath. Kirchgemeinde Bonstetten, Stallikon, Wettswil, Stallikerstrasse 10, Bonstetten

Nicht nur das Korn...
...auch unsere Pfarrei soll wachsen und gedeihen. Möchten Sie sich in unserer Kirchgemeinde engagieren und damit zu einem lebendigen und aktiven Pfarreileben beitragen?

Per 1. August 1997 oder nach Übereinkunft suchen wir eine aufgestellte Persönlichkeit als

Pastoralassistent

welcher Freude hat, in unserer Pfarrei in einem aufgestellten Team mitzuarbeiten.

Zu Ihren Arbeitsschwerpunkten gehören:
- Jugendarbeit
- Religionsunterricht
- Betreuung diverser Pfarreigruppen
- Ministrantenbetreuung
- Mitarbeit in den Gottesdiensten
- praktische Pfarreiseelsorge
- Öffentlichkeitsarbeit

Anstellung und Besoldung erfolgen nach der AO der Röm.-kath. Körperschaft des Kantons Zürich.

Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an folgende Adresse: Kath. Pfarramt, E. Imper, Stallikerstrasse 10, 8906 Bonstetten. Allfällige telefonische Auskünfte erteilt Ihnen gerne: Kath. Pfarramt, E. Imper, Telefon 01-700 00 11, Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr

radio vatikan deutsch

täglich:
6.20 bis 6.40 Uhr, 20.20 bis 20.40 Uhr

MW: 1530 kHz, KW: 6245/7250/9645 kHz

LIENERT KERZEN EINSIEDELN
Tel. 055/412 23 81
Fax 055/412 88 14
LIENERT KERZEN

Pfarrhaushälterin

sucht nach Tod des Altpfarrers eine Stelle
- **in Pfarrhaushalt/Sekretariat, mit Kenntnis am Computer, oder**
- **in kirchlicher Institution**

Einsatzbereit auch in Sakristanendienst und Seelsorge.
Bistum St. Gallen bevorzugt.
Kontakte bitte unter Chiffre 1781 an Schweiz. Kirchenzeitung, Postfach 4141, 6002 Luzern

Kath. Pfarramt St. Peter und Paul, Zürich

Wir sind eine Pfarrei in der Nähe des Stauffachers (Zürich 4) und haben ein grosses Angebot an Gottesdiensten. Per sofort oder nach Übereinkunft schreiben wir eine

Aushilfs-Sakristanenstelle (ca. 50%) oder Aushilfs-Sakristanenstelle mit Hauswartstelle (100%)

aus. Wir wünschen uns eine zuverlässige Person mit Bezug zum kirchlichen Leben. Bewerber/-innen ohne Berufserfahrung könnten angelernt werden. Wenn Sie von auswärts kommen, besteht die Möglichkeit, im Pfarrhaus zu übernachten.

Ihre Aufgaben:
- Vertretung unseres Sakristans an 2 Tagen pro Woche sowie an einem Wochenende pro Monat. Ausserdem sollten Sie für die Ferienablösung zur Verfügung stehen.
- Es besteht auch die Möglichkeit, die offene Stelle mit einem zusätzlichen Hauswartdienst in unserem Pfarrhaus zu kombinieren.

Was wir bieten:
- gute Arbeitsatmosphäre
- Besoldung und Sozialleistungen gemäss Anstellungsordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich

Auskünfte erteilen: Pfarrer F. Stampfli und Pastoralassistent M. Luterbacher, Telefon Pfarramt 01-241 22 20.

Ihre schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf und Foto wollen Sie bitte richten an: Katholisches Pfarramt St. Peter und Paul, z.H. Personalkommission und Pfarrer Stampfli, Postfach 9119, 8036 Zürich

AZA 6002 LUZERN

0007531 68
Herrn Th. Pfammatter
Buchhandlung
Postfach 1549
6061 Sarnen 1

31–32/31. 7. 1997